

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Dietrichsche Buchhandlung,
wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
beträgt für die sechsgezeigte Kolonelle
oder deren Raum 40 Pf., für
Verbands- und Versammlungs-Anzeigen

Korrespondenz: Amt 1, Nr. 1009.
Telegraphen-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Neuh-Strasse 2.

Mittwoch, den 21. Juli 1897.

Expedition: SW. 19, Neuh-Strasse 3.

Die Nationalitätenkämpfe in Oesterreich.

Man schreibt uns:

Oesterreich ist das klassische Land der Nationalitätenkämpfe. Enthält es auch nicht so viele Nationalitäten wie das russische Reich unserer Tage oder die Weltstaaten des Alterthums, das Perserreich, die Monarchie Alexanders des Großen oder das Römerreich, so haben dagegen die Nationalitätenkämpfe in Oesterreich eine viel längere Geschichte, eine viel interessantere Entwicklung, sie sind trotz aller scharfen, ja blutigen Auseinandersetzungen viel näher ihrer Schlichtung, als etwa die infolge des mangelnden öffentlichen Lebens bloß im Geheimen sich anspielenden, von der Regierung brutal niedergedrückten nationalen Rivalitäten im Zarenreiche.

Auf dem Gebiete des Stammlandes des österrösch-ungarischen Reiches und in den nach Osten und Westen angrenzenden Gefilden wurden die Entscheidungsschlachten geschlagen, denen Europa die Möglichkeit der Entwicklung zu seiner gegenwärtigen eigenartigen Kultur verdankt. Diese Schlachten gegen Avarn, Magyaren und zuletzt noch die mit dem Einzuge von Wien (1683) beginnende Rückweisung der nach dem Westen Europa's listernen Türken entschieden, daß die indogermanische Race und ihre Kultur und nicht uralisch-finnisch-türkische Nationalitäten heute in Europa, Amerika, Afrika, Australien und einem großen Theile Asiens herrschen.

Dieser vorgeschobene Posten des Deutschthums, diese Stätten, wo das Nationalepos der Deutschen, das Nibelungenlied, entstanden ist, die Gegenden, aus deren Dialekten die jetzige deutsche Schriftsprache sich bildete, waren Ende des 13. Jahrhunderts in Gefahr, in den Machtbereich der czechisch-nationalen Dynastie der Premysliden zu kommen. Die Schlacht auf dem Marchfelde (1278) entschied durch den Sieg der aus der Schweiz stammenden Habsburger für den deutschen Charakter der Lande Ober- und Nieder-Oesterreich, Steiermark, Kärnten, Krain, Tyrol. Von Krain, Südsteiermark, Südtirol und einigen Gemeinden Kärntens abgesehen, hat sich der deutsche Charakter dieser Provinzen bis zum heutigen Tage erhalten. Wirtschaftliche Interessen, die nach einem Donauraum drängten und die zielbewusste Hauspolitik der Habsburger schufen das jetzige österrösch-ungarische Reich. Seit dem Jahre 1526 sind die wesentlichen Theile dieses Ländergebietes unter der Herrschaft einer Dynastie geblieben ohne zu einer Einheitlichkeit zu verschmelzen. Die Verfassungsgeschichte dieses Staatsgebildes und die allzu stark divergirenden wirtschaftlichen Interessen der einzelnen Landestheile erklären im wesentlichen diese Thatsache.

Bis in die zweite Hälfte des vorigen Jahrhunderts war Oesterreich bloß geeint durch die Personalunion der Dynastie. Die einzelnen Landestheile hatten ihre Selbständigkeit bewahrt, sie wurden nach sehr verschiedenen Grundgesetzen regiert, sie verschmolzen nicht in einander. Die Habsburger waren Könige von Böhmen und Ungarn, Erzherzöge von Oesterreich, Markgrafen von Mähren, gefürstete Grafen von Tyrol, Görz und Gradiska, Herzöge von Steiermark, Kärnten u. c. geblieben. Erst in unserem Jahrhundert, als Franz II. die deutsche Kaiserkrone niederlegte und damit den Verlust des Einflusses in Deutschland zum Ausdruck brachte, als auch die vorderösterreichischen Besitzungen in Südböhmen verloren gegangen waren, ergab sich auch die Nothwendigkeit gegen die napoleonische Eroberungspolitik, die Kräfte zusammenzufassen; damals erst erhielten die Länder den Begriff des Reiches mit dem Gesamt-namen: Kaiserthum Oesterreich (1804).

Maria Theresia, ihr Sohn Josef II. und beider Kanzler Fürst Kaunitz wollten, nachdem erst unter Maria Theresia's Vater eine einheitliche Erbordnung für alle habsburgischen Länder geschaffen war, auch eine einheitliche Verwaltung des gesammten Ländergebietes durchführen. Maria Theresia wagte es noch nicht ihre zentralistische Politik auf Ungarn, die italienischen und belgischen Landestheile auszudehnen. Frei von den Rücksichten auf das historisch Gewordene und für die Anhänglichkeit des Adels an die alten Zustände wollte Josef II. die „Königreiche und Länder“ in ein einheitlich geleitetes und zentralisiertes Staatswesen umformen. Die Sonderverfassungen der Provinzen wurden beseitigt, die feudalistische Mitregierung und Einwirkung der Provinzial-Landtage wurden außer Kraft gesetzt, eine gleichmäßige, einheitlich ausgeübte Verwaltung durch Beamte, die von der Krone allein abhingen, eingeführt. Das Ziel war, die Monarchie wirtschaftlich, politisch und militärisch zu stärken, in ihre innere und äußere Politik Einheitlichkeit zu bringen. Die Kräftigung der deutschen Elemente, die Schaffung deutscher Kolonien in Galizien und Ungarn, die Erklärung der deutschen Sprache zur Reichssprache waren bloß Mittel zum Zwecke, sie liefen aber in allen Nationen den Gegenfuß zu den Deutschen. Und diesen Fuß verstanden sich die Deutschen zu bewahren, als

längst Josef II. todt war und seine Pläne von seinen Nachfolgern zum Theil gänzlich aufgegeben waren, zum Theil ohne sein Talent und ohne seine Energie heimlich weiter betrieben wurden. Bis in die 70er Jahre unseres Jahrhunderts wurden die mittleren und höheren Stellen bei Aemtern und Gerichten fast ausschließlich von Deutschen besetzt. Diese Bureaucratie war reaktionär, sie unterdrückte mit Brutalität jede selbständige Bewegung des Volkes, auch der Deutschen. Denn der Abstammung nach zwar deutsch, war sie ihrer Gesinnung, ihrem Interesse nach österrösch, d. h. gouvèrnemental. Es bildete sich ein dem Volke völlig entfremdeter Kastengeist der Beamtenfamilien.

Und als die Windischgrätz, Schwarzenberg, Stadion, Bach die Revolution von 1848/49 mit Hilfe der Truppen des Zaren Nikolaus I. und der Kroaten niedergeworfen hatten, begann eine verbissene, kleinliche, gehässige Reaktion, enge verknüpft mit rücksichtslosen, gewaltsamen, selbst militärische Intervention nicht scheuernden Germanisirungsmaßregeln. Während man die wahren Verfechter des Deutschthums ins Exil trieb, standrechtlich erschoss, oder in feuchten unterirdischen Kellern langsam mordete, unterdrückte die gleiche Bureaucratie im Namen des Deutschthums jede Bewegung der nichtdeutschen Nationalitäten.

Ohne die Deutschen zu gewinnen, verfeindete sich die Regierung mit allen Nationalitäten. Die neuere Politik war zu Ende der Reaktionsperiode unter Belcredi (1865) so verfahren, daß das Ansehen Oesterreichs in der Auswärtigen Politik schwer litt. Allgemein wurde angenommen, daß ein Krieg den Verfall Oesterreichs infolge ausländischer Bewegungen im Innern zur Folge haben würde. Aus jener Zeit rührt das vor dem deutschen Kriege geprüfene Wort Napoleons III: Croyez vous, que je m'allie a un cadavre? (Glauben Sie etwa, daß ich mich mit einem Leichnam verbünde). Die schnellen Erfolge der Preußen ließen die von Klapka geplante ausländische Bewegung der Ungarn nicht zur Entwicklung kommen. Der preussische Generalmajor* kam mit seiner in Reife gesammelten ungarischen Legion nicht ins Gefecht, aber trotzdem hatte der Sieg Preußens und seines Verbündeten unter Führung des „deutschen Nationalheros“ Bismarck der germanisirenden Politik Oesterreichs den Todesstoß gegeben. Die Länder der ungarischen Krone (Ungarn, Siebenbürgen, Kroatien, Slavonien und die Militärgrenze) wurden von der österröschischen Zentral-Regierung vollständig selbständig und unabhängig, der Kaiser von Oesterreich ließ sich als König von Ungarn krönen und beschwor die ungarische Verfassung, die deutschen Beamten wurden vertreiben, die deutschen Lehranstalten magyarisirt, über zwei Millionen Deutsche der Entnationalisirung preisgegeben. In Galizien erhielten die Polen die volle Autonomie, die ihre herrschende Klasse, die Schlachtzigen nicht nur zur Unterdrückung der Ruthenen in Kronlande, sondern auch zur weitesten politischen, sozialen und wirtschaftlichen Ausbeutung ihres im Wiener Parlamente meist anschlaggebenden Einflusses benutzte.

So einfach und verhältnismäßig leicht die polnische und ungarische Frage einer, freilich auch nur vorläufigen Regelung entgegengeführt wurden, so schwierig wurde die Beilegung der Nationalitätenkämpfe in Böhmen, Mähren, Schlesien. Im Süden ist eine Schlichtung der Nationalitätenkämpfe zum Theil herbeigeführt, zum Theil angebahnt. Die völlige Selbstverwaltung von Böhmen wird in kurzer Zeit zugestanden werden, die Slovenen haben die Verwaltung Krains in ihre Hände gebracht und in Südsteiermark in Bezug auf Schul-, Amts- und Gerichtssprache wesentlich alles erreicht, was sie fordern können, die bleibenden Differenzpunkte lokaler Natur dürfen, wenn auch hierüber viel Lungenkraft angewandt ward, nicht übersehen werden. Aber nach der Richtung bleiben die nationalen Beschwerden der Südslaven bedeutungsvoll, weil ihnen eine nationale Organisation zu grunde liegt, weil sie Ausdruck finden in einer parlamentarischen Vertretung und weil dieser die Tendenz innewohnt, bei allen nationalen Fragen mit den Tschechen zu gehen, in allen staatsrechtlichen Fragen sich auf die Seite des Föderalismus gegen den Zentralismus zu schlagen und endlich weil die nationale Gesinnung der Ceilistik ihre Belohnung findet in der Förderung der sterilen Politik durch fast alle parlamentarischen Vertreter der Südslaven.

Der nationale Kampf in Oesterreich konzentriert sich heute im wesentlichen auf die nationalen Differenzen zwischen Tschechen und Deutschen, in den Ländern Böhmen, Mähren, und Schlesien. Dieser Kampf ist aber nicht bloß ein nationaler, er ist gleichzeitig ein staatsrechtlicher auf wirtschaftlicher Unterlage. Die staatsrechtlichen Wünsche der Tschechen aller Richtungen werden dadurch nicht aus der Welt geschafft, daß die österröschische liberale Presse Scherze über die aller Wahrscheinlichkeit nach gefälschte Königshofer Handschrift, die urkundliche Grundlage des czechischen Staatsrechts, macht. Die „Länder der böhmischen Krone“ sind von Niederösterreich abgetrennt die aktivsten Provinzen des ganzen Reiches, von ihren Steuerüberschüssen leben die passiven Provinzen Galizien, die Bukowina, Dalmatien, Krain u. c., die Kosten der Zentralverwaltung tragen im wesentlichen die Länder der böhmischen Krone und Niederösterreich. Ist es da erstannlich, daß Böhmen Mähren und Schlesien, Länder, die nicht die Vortheile Nieder-Oesterreichs als Sitz der Zentralbehörden haben, in irgend einer Form das Interesse kundgeben, staatsrechtlich und damit

auch wirtschaftlich unabhängig zu werden von Ländern, für die sie bloß Opfer gebracht haben. Mit der staatsrechtlichen Unabhängigkeit bekämen die Länder der böhmischen Krone ähnlich wie die der ungarischen, eine selbständige Zentralverwaltung und das unbeschränkte Recht, alle Beamtenstellen in ihrem Sinne zu besetzen und so dieselben ausschließlich für die Söhne der eigenen Bourgeoisie zu reserviren. Die Deutschen sind bloß vorläufig gegen die wirtschaftlichen Vortheile des „böhmischen Staatsrechts“, weil ihnen die zentralistische Staatsform größere Vortheile bietet, sie werden diese Gegnerschaft in dem Augenblicke opfern, wo die höhere Bureaucratie — und dies wird in absehbarer Zeit der Fall sein, nicht mehr wie früher, ausschließlich und jetzt noch vornehmlich deutsch sein wird, sondern die Beamtenstellen in den Zentralämtern nicht bloß theoretisch, sondern schon praktisch allen Nationalitäten zugänglich sein werden. Auch die deutsche Bourgeoisie wird bald die Vortheile des böhmischen Staatsrechts einsehen. . . . Deute freilich stehen sich äußerlich Tschechen und Deutsche schroffer denn je gegenüber, faktisch freilich ist alles dem Ausgleiche näher gerückt denn je. Und wenn es sich um wirtschaftliche Vortheile der Länder der böhmischen Krone im österröschischen Abgeordnetenhaus gehandelt hat, haben die nationalen Erbfeinde schon bisher geschlossen zusammengestimmt gegen die Interessen der rein deutschen, armen Alpenländer, so z. B. 1882 bei der Neuvertheilung der Grundsteuer-Hauptsumme!

Bloß Mittel zum Zweck ist den Tschechen der Widerstand gegen jede Festigung des Staatsverbandes, gegen jede gefällige Regelung der Sprache der obersten Reichsbehörden (Staatsprache).

Die deutschen Bourgeois hingegen meinen ein Anrecht auf die besten und meisten Beamtenstellen für ihre Söhne zu haben, sie wollen deshalb für den Verkehr zwischen den Behörden und als Amtssprache der Zentralbehörden die deutsche Sprache gänzlich festgelegt wissen, und dann möchten sie für so viele Aemter und Gerichte als möglich die deutsche Sprache als ausschließliche Amtssprache gesichert wissen. Sie sind auch gegen jede Schwächung der Zentralgewalt, gegen alle weiteren föderalistischen Experimente, weil durch dieselben das praktische Bedürfnis nach der deutschen Amtssprache die Zahl der für sie zu reservirenden Stellen vermindert würde.

In Böhmen wird die Entscheidung der österröschischen Nationalitätenkämpfe fallen. Ist dort die Auseinandersetzung zwischen Deutschen und Tschechen vollzogen, so wird die Regelung dieser Fragen in Mähren und Schlesien keinen weiteren Schwierigkeiten begegnen. In Böhmen liegen aber, ähnlich wie in den zwei Nachbarländern*) die Verhältnisse folgendermaßen: Auf eine Gesamtbevölkerung von 5 801 065 (im Jahre 1890) kamen 2 169 011 Deutsche und 3 644 188 Tschechen.

Unter den 219 Gerichtsprengeln, welche in Böhmen bestehen, befinden sich 90 territorial zusammenhängende Bezirke, in welchen die deutsche Bevölkerung die Mehrheit besitzt. In 15 dieser Bezirke befinden sich mehr oder weniger czechische Gemeinden, und diese Bezirke können als deutsch-gemischte bezeichnet werden. Dagegen weisen 75 deutsche Bezirke kein einziges czechisches Dorf auf, bilden also thatsächlich ein geschlossenes deutsches Sprachgebiet. Umgekehrt befindet sich in 129 Bezirken die czechische Bevölkerung in der Mehrheit und bilden 104 Bezirke ein reines czechisches Sprachgebiet, in welchem sich keine deutsche Gemeinde befindet. In 25 überwiegend czechischen Bezirken zählen die Deutschen zusammenhängende Gemeinden in größerer oder geringerer Anzahl. Es stellt sich daher die ethnographische Gruppierung nach der gegenwärtigen Eintheilung sehr einfach so heraus:

Table with 2 columns: Language area and number of districts. 1 deutsches Sprachgebiet mit 75 Bezirken, 1 czechisches " " 104, 1 deutsch-gemischtes " " 15, 1 czechisch-gemischtes " " 25.

In 72 deutschen zusammenhängenden Bezirken beträgt der Prozentsatz der Tschechen nicht mehr als 1,15 pCt.

Der Vorschläge, die Nationalitätenfrage in Böhmen zu lösen, sind viele. So wird vorgeschlagen, Böhmen in eine große Anzahl rein nationaler verhältnismäßig kleiner Verwaltungs-Bezirke zu theilen und in dieser der Nationalität der Bevölkerung entsprechend die Verwaltungen zu regeln in den übrig bleibenden gemischt-sprachigen Bezirken soll jeder in seiner Sprache Recht u. c. finden. Der frühere czechische Abgeordnete Professor Masaryk schlug vor, daß alle Aemter und Gerichte doppelsprachig sein sollten, d. h. daß in jedem Aemte und Gerichte Beamte säßen, die beide Sprachen beherrschten. Nach diesem Vorschlage wäre ein großer Theil des Aemten und Richter bloß verpflichtet eine Landessprache zu sprechen.

Graf Badeni hat aber keinen dieser Vorschläge acceptirt, er hat ohne die Deutschen zu befragen, ohne den gesetzlichen Vorbedingungen zu entsprechen, einen der Wünsche der Tschechen erfüllt, wonach alle Beamten in Böhmen und Mähren beide Landersprachen beherrschen müssen, wonach jede Eingabe an ein Gericht oder ein Verwaltungsamt in der Sprache erledigt und verhandelt werden muß, in der sie eingereicht wurde. Dies ist für die Tschechen, welche mit dem Deutschen eine Weltprache mit einer ungeheuren Literatur erlernen, welche diese Sprache auch fast ausnahmslos beherrschen, kein Hinderniß für die Beamtenkarriere, desto mehr für die Deutschen,

*) In Mähren bilden die Tschechen 70,3 pCt., in Schlesien 22 pCt., wozu noch hier 30,2 pCt. Polen kommen.

welche in den größten Theile Oesterreichs von der Kenntniß der tschechischen Sprache keinen Nutzen hätten. Es giebt in Böhmen 38 Bezirke mit circa 800 000 Einwohnern, von denen 99 1/2 pCt. deutscher Bevölkerung bloß weniger als ca. 1/2 pCt. Tschechen gegenübersteht. Daß diesem winzigen Bruchtheile der Bevölkerung zu Liebe das ganze Beamtenhum feil sein muß, tschechisch zu amtieren, erscheint lächerlich und übertrieben, wollten die Tschechen damit nicht mehr erreichen: einen weiteren Schritt zu ihrer Selbständigkeit zu machen. Die Verordnung an sich rechtfertigt nicht die große Erregung, über die uns aus Böhmen berichtet wird. Sie betrifft doch in praxi kaum mehr als 1000 Beamte, die noch nicht beider Landessprachen mächtig sind.

Wären diese Bestimmungen aus Verhandlungen zwischen Deutschen und Tschechen hervorgegangen, wären sie vom Parlamente beschlossen worden und hätte sie Graf Badeni nicht einfach mit den Tschechen ausgetauscht gegen das Versprechen der parlamentarischen Unterstützung und des Verzichtes auf ihre demokratische Politik im Innern und ihre russophile Politik nach außen, hätte Graf Badeni nicht einfach oktroyirt, so wäre die Aufregung in Deutsch-Böhmen nicht möglich gewesen. Die dummen Versuche, diese Aufregung durch Versammlungsverbote und sonstige polizeiliche Weisheit zu unterdrücken, haben das Feuer noch geschürt, das immer wieder angezündet wird durch die Tschechen, welche die Sprachenverordnung bloß als eine Stappe zur Erfüllung ihrer sonstigen nationalen und staatsrechtlichen Wünsche betrachten. Sicherlich werden die Tschechen nicht mehr so weit gehen, wie ihre Vorfahren (1815) die im Prager Landtage beschlossen, niemand, der nicht tschechisch verstände, dürfe Einwohner des Landes werden. Aber der Wunschzettel der Tschechen ist lang... Freilich, die Leute, welche den Mund so voll nehmen, die deutsche Sache zu vertreten, die deutschen Fabrikanten in Nordböhmen haben recht wenig Anlaß dazu, sind sie es doch, welche seit Jahrzehnten ununterbrochen lohnbrückende tschechische Arbeiter in deutsche Gegenden gezogen, deutsche Stammesgenossen dadurch verdrängt und zur Geschristung beigetragen haben. In deutsche Bauerngemeinden kommen, wenn Industrien errichtet oder Bergwerke erschlossen werden, tschechische Arbeiter. Deutsche Großunternehmer und Bauern kommen so oft in Gegensatz zu tschechischen Arbeitern und Kleinrentnerbetreibern. Den geistigsten tschechischen Arbeiter zog der streng deutsch-nationale Fabrikant in Massen in das rein deutsche Sprachgebiet und schuf dadurch immer neue Zentren der Slavisierung. Früher, als der Sozialismus bloß den deutsch-österreichischen Arbeiter ergriffen hatte, war der slavische Konkurrent auch schon wegen seiner Flüssigkeit und wegen seiner Unkenntniß der sozialistischen Ideenwelt bevorzugt. So haben denn soziale und nicht anthropologische Momente das Vordringen des Czedenthums verursacht.

Die Situation in Böhmen, in ganz Oesterreich ist eine solche, daß auf die Erhaltung der alten Stellung der Deutschen nicht mehr gerechnet werden kann. Sind doch nach der letzten Volkszählung unter 23 895 418 Einwohnern bloß 8 461 680 Deutsche, 675 805 Italiener und 209 110 Rumänen, während der Rest, fast zwei Drittel der Bevölkerung, zu den Slaven rechnen.

Wohl hofft ein Theil der Deutschen auf eine Intervention von außen, vom Deutschen Reiche aus. Diese Hoffnung ist aber eitel.

Der Friedenschluß wird auf ganz andere Weise kommen. Böhmen, Mähren und Schlesien sind hochindustrielle Länder, die Bourgeoisie in denselben hat, wie wir schon gezeigt haben, trotz der nationalen Verschiedenheiten zahllose gemeinsame Interessen, genau ebenso, wie das heute schon trenn zu einander haltende Proletariat beider Nationalitäten. Hier wie dort wird das Eintreten des Fremden befürchtet. Und wahrscheinlich wird es gerade die starke Entwicklung der Sozialdemokratie in diesen Ländern sein, welche die sich bekämpfenden Bourgeois tschechischer und deutscher Abstammung zu gemeinsamer Defensive und zum Frieden unter sich führt. Die Sozialdemokratie in Oesterreich, heute im Parlamente vertreten durch Erwählte der deutschen, der tschechischen, polnischen und ruthenischen Arbeiter, hat trotz der nationalen Verschiedenheiten ein gemeinsames Programm, ein gemeinsames Exekutivkomitee, eine eng und fest zu einander stehende parlamentarische Fraktion. Die Erklärungen der tschechischen Sozialdemokraten zu den Rechtsverwahrungen der Tschechen beim Eintritt ins Parlament, die große Programmklärung Kriegerwetzers im Adressenschlusse des österreichischen Abgeordnetenhauses beweisen, daß die Lösung der Nationalitätenfrage möglich ist. Nicht ideologische Gründe, sondern die gleichen wirtschaftlichen Interessen, der allen Proletariaten gemeinsame Klassenkampf hat das Proletariat aller Zungen zur Einigkeit, zur Brüderlichkeit, zur Sozialdemokratie und damit zum nationalen Frieden geführt.

Mit der wirtschaftlichen Entwicklung mit der Schwächung der Zentralgewalt wird auch die Bourgeoisie die nationalen Kämpfe beilegen und als Klasse ohne Rücksicht auf sprachliche Verschiedenheit gegen das Proletariat kämpfen. Dies wird geschehen, früher als man es heute für möglich hält. Die nationalen Differenzen werden bei der Erkenntniß der Gemeinsamkeit der wirtschaftlichen Interessen der Bourgeoisie beider Zungen spielend leicht beigelegt werden.

Politische Ueberblick.

Berlin, 20. Juli.

Die Ansichten des Ausnahmegesetzes. Ende Juli eine hochpolitische Situation, wie wir sie jetzt haben, ist wohl kaum dagewesen. Man erwartet mit Spannung den nächsten Sonnabend, an welchem das Schicksal des Ausnahmegesetzes endgültig entschieden werden wird. Es ist zu erwarten, daß in letzter Stunde noch allerhand Kousps von den Unterdrückungsinstanzen um Stumm versucht werden. Jede nationalliberale Abgeordnetenseele steht heute hoch im Preis.

Eine neue „Kundgebung“ für die Herrenhaus-Beschlüsse veröffentlicht die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“. Diefelbe besagt:

Köln, 15. Juli 1897.

Die unterzeichneten Firmen und Industriellen des Regierungsbezirks Köln sprechen hierdurch ihre volle Zustimmung aus zu der Stellungnahme der Mitglieder der Nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller in Düsseldorf vom 5. Juli d. J. aus den dort vorgetragenen Gründen, und richten auch ihrerseits an die Mitglieder des preussischen Abgeordnetenhauses das Verlangen, daß das Gesetz zur Ergänzung und Abänderung von Bestimmungen über Versammlungen und Vereine in der ihm von dem preussischen Herrenhause gegebenen Fassung angenommen werden möchte.

Christoph Andrae, Sammet- und Wäscheabrik, Mülheim-Rhein; Franz Clouth, Rheinische Gummiwaarenfabrik, Köln-Mippes; Felten u. Guilleaume, Paniswarenfabrik und Bindfadenfabrik, Köln; Felten u. Guilleaume, Droge- und

Kabelstoffabrikation (Karlswert), Mülheim-Rhein; Gasmotorenfabrik Deutz, Köln-Deutz; Ernst Heinrich Geist, Fabrik für elektrische Maschinen, Köln-Jollstadt; F. W. Herberich, Eisengießerei und Maschinenfabrik, Köln; „Humboldt“, Maschinenbauanstalt, Kall; Rheinische Maschinenbau-Aktiengesellschaft, Köln-Deyenthal; F. B. Penzler u. Söhne, Fabrik für Holzprodukte, Mülheim-Rhein; Pfeifer u. Langen, Zuckerfabrik, Köln, Eisendorf und Endlich; Alfred Keller u. Fritz Korte, in Firma Kollfs u. Cie., Siegburg; C. Scheibler u. Cie., Chemische Düngemittelwerke, Köln; Julius Dörker, Köln; Chem. Fabrik, Kall bei Köln; Waggonfabrik, A. G., vorm. P. Herbrand u. Cie., Köln-Ehrenfeld; Gebrüder van der Hyphen, Mäckerfabrik, Eisen-, Stahl- und Holzwerk, Köln-Deutz; van der Hyphen u. Charlier, Eisenbahn-Wagen- und Maschinenfabrik, Köln-Deutz; August Herder, Kleinwerkfabrik, Endlich; Woburger Mollindustrie, Kt.-Gef., Woburg; Rheinische Binoleumwerke, Woburg; Brühl-Kölnener Braunkohlen-Bergwerk Donatus, Döbler bei Köln.

Die „Rhein.-Westf. Ztg.“ fügt noch hinzu: „Dieser Erklärung eines weiteren hochangesehenen Theiles der westdeutschen Industrie wollen wir mit Hinblick auf die mehrfachen Pressstimmen über die Haltung des rheinisch-westfälischen Bergbaues nach nochmals eingegangenen umfangreichsten Erörterungen noch beifügen, daß wenn Zehntel der leitenden Personen dieses Bergbaues die Annahme des Vereinsgesetzes in der Fassung der Herrenhaus-Kommission für wünschenswert und notwendig halten. Wir legen solchen Stimmen aus den unmittelbar mit sozialistischen Elementen kämpfenden Kreisen der westdeutschen Industrie wie der hannoverschen Landwirtschaft die höchste Bedeutung bei.“

Der „National-Zeitung“ kommt diese Kundgebung begrüßenderweise sehr ungelogen. Sie sagt dazu lediglich folgendes:

„Wenn wir nicht irren, waren einzelne dieser Firmen bereits in der Vorstandsitzung vertreten, zu deren Stellungnahme sie jetzt ihre volle Zustimmung ausdrücken. Auf die seltsame Erscheinung, daß die geschäftlichen Leiter von Aktiengesellschaften, Bergwerksgemeinschaften u. in deren Namen politische Erklärungen glauben abgeben zu dürfen, haben wir schon hingewiesen.“

Im übrigen erklärt die „Nat.-Ztg.“ in ihrem heutigen Morgenblatt:

„Wir haben keinen Grund, zu bezweifeln, daß das Abgeordnetenhause die Vereinsgesetz-Novelle mit der früheren Mehrheit verwerfen wird. Wie wir hören, hat man bis jetzt bei der hiesigen Leitung der nationalliberalen Partei nicht einmal von einer Absicht des Herrn Schoof, anders als bei der namentlichen Abstimmung der zweiten Lesung zu stimmen, Kenntnis erhalten. Es scheint uns jedenfalls aber lässig, auf Wiederholungen der früher für die Herrenhaus-Beschlüsse vorgebrachten Argumente, wie sie sich beim Herannahen der Entscheidung in der Regierungspresse von neuem finden, nochmals einzugehen. Der vollständige Fehlschlag des Versuches, eine Bewegung, namentlich in den zur nationalliberalen Partei haltenden industriellen Kreisen, zu Gunsten der Herrenhaus-Beschlüsse hervorzurufen, ist eine Thatsache.“

In ähnlicher Weise spricht sich der „Hannoversche Courier“ aus:

„Soviel wir wissen, herrscht auch innerhalb der nationalliberalen Fraktion die Ueberzeugung, daß es für ein Mitglied der Fraktion nicht möglich ist, gegen den ausdrücklichen, vom Abg. Gohrecht verfaßten Fraktionsbeschlusse zu stimmen. Dieser Beschlusse ging dahin, daß die Fraktion jede Abänderung des Beschlusses des Abgeordnetenhauses zur Vereinsgesetz-Novelle ablehnen würde. Die Abstimmung am nächsten Sonnabend ist eine Ehrensache, viellecht eine Lebensfrage für die nationalliberale Fraktion, und diese Erwägung wird die Mitglieder derselben veranlassen, es als eine Ehrensache zu betrachten, vollständig auf dem Platze zu sein.“

Als Beispiel, wie sehr die nationalliberalen Abgeordneten gewillt sind, ihrer Pflicht zu genügen, wird ferner erzählt, daß der Abg. Wallbrecht, dem kürzlich ein schwerer Unfall zugestoßen ist, entschlossen sei, trotzdem am Sonnabend in Berlin zu erscheinen.

Die Parteien des Abgeordnetenhauses fordern ihre Mitglieder zu vollzähligem Erscheinen auf, die konservativen Freunde wie die Gegner der Vorlage.

In wenigen Tagen ist die Frage entschieden, welche seit Monaten das öffentliche Leben beherrscht.

Wir sehen dieser Entscheidung sehr kühl entgegen. Wenn die „Post“, die eifrige Befürworterin des Ausnahmegesetzes, heute abend von einer „stetig steigenden und nachgerade bis zur Gluthöhe sich steigenden Erbitterung“, von einem „erbitterten Toben“ der sozialdemokratischen Presse redet, so rechnet das Blatt des Herrn v. Stumm offenbar damit, daß seine Leser überhaupt keine sozialdemokratischen Blätter einsehen und sich von ihm das märchenhafteste Zeug anrufen lassen.

Wenn dasselbe Blatt sich damit brüsst, sich vor dem „Hass der sozialrevolutionären Führer“ nicht zu fürchten und sich auf das Wort beruft: oderint dum metuant, sie mögen hassen, wenn sie nur Furcht haben, — so klingen diese Aeußerungen gerade aus dem Munde der „Post“-Hinterwälder beinahe humoristisch. Wenn die Herren so wenig Furcht vor der Sozialdemokratie haben, wie sie vorgeben, warum denn all diese kläglichen Angstprodukte wie ihr jegliches Knebelgesetz? Das ganze politische Treiben der Leute ist ja nichts wie ein großes Gruseln und Gruselmachen vor der „Revolution“.

Wir die um Stumm „hassen“? Wir haben wahrlich ganz andere Gefühle für diese Gesellschaft, deren „Tapferkeit“, lediglich auf dem Besitz brutaler Gewaltmittel beruhend, in Wirklichkeit die höchste moralische Feigheit ist!

Einen sofort durchführbaren, rein agitatorischen Zweck hatte die Eingabe des Bundes der Landwirthe. Und weil sie so rasch durchschaut wurde, hat sie ihren Zweck völlig verfehlt. Selbst die „Kreuz-Zeitung“ sieht bloß einen taktischen Schachzug in dem Vorgehen des feindlichen Bundes, des Bundes der Landwirthe. Selbst sie kann sich mit der Eingabe nicht einverstanden erklären, da sie ihre Forderungen für undurchführbar hält. Und eine zweite bittere Pille giebt die „Kreuz-Zeitung“ freundschaftlich der „Deutschen Tagesztg.“ und ihren Hinterwäldlern zu kosten, indem sie offen zugestehet, daß der von den Agrariern mit so viel Eifer geführte Wörsenkrieg den Abgang der deutschen Ernte erschweren und verzögern wird.

Liegt nicht in dieser etwas spätere Einsicht eine merkwürdige, aber eng wie Wirkung und Ursache mit einander in Zusammenhang stehende Beziehung mit der Eingabe des Bundes der Landwirthe, die doch gerade jetzt dem Schutzheligen der Agrarier, dem Miquel, höchst unbedeuten sein muß?

Auch der staatskonservative „Reichsbote“ hält die Vorschläge des Bundes für undurchführbar.

Die „Hamburger Nachrichten“, die sonst den Bund der Landwirthe mit Eifer protegiren, lassen es bei nichtsagenden Höflichkeitsskizzen und der Erklärung, daß sie sich eines

Urtheils in dieser Frage einstweilen noch enthalten wollen bewenden.

Wohlgarig ist die Kritik des „Hamburg. Korresp.“, der schreibt:

„Daß der Vorschlag des Bundes der Landwirthe zur Ausföhrung gelangen werde, nehmen die Herren v. Blöb und Gernoffen selbst natürlich nicht an. Die lange Auseinandersetzung hat es lediglich auf die Alimenterung der Agitation des Bundes der Landwirthe abgesehen.“

Am Schärfe läßt es in dieser Frage die nationalliberale Presse nicht fehlen. Am bemerkenswertheften erscheinen uns die Ausführungen der „Kölnischen Zeitung“:

Der Bund der Landwirthe wird sicherlich selbst nicht erwarten, daß sein Antrag auf ein Einfuhrverbot für ausländisches Brotgetreide an irgend einer amtlichen Stelle ernst genommen werde. Es lohnt sich kaum der Mühe, auf die lange sogenannte Verhandlung einzugehen, die der Bund seiner Eingabe beigelegt hat und mit der er nichts anderes bezwecken kann, als seinen süßig gewordenen Anhängern Sand in die Augen zu streuen. Aus den goldenen Bergen, die er ihnen verhieß, ist nicht viel geworden, und die Maßregel, von der er sich so viel versprach, die Bekämpfung der Getreidebedürfnisse, ist bisher viel eher zum Nachtheil der Landwirthe ausgeschlagen. Jetzt, wo der Getreideverkauf bald beginnen muß, stehen die Landwirthe allerdings vor einer bedenklichen Lage, und da handelt es sich für die Herren von der Oberleitung des Bundes einfach darum, die einen „Erfolg“ verlangenden Landwirthe zu beschwichtigen und ihnen wenigstens glauben zu machen, daß der Bund nicht schuld trage, sondern doch er im Gegentheil noch Mittel im Vorrath habe, um die Einnahmen der Landwirthe auf künstlichen Wege zu erhöhen. Schlimmstenfalls wird man ihnen dann sagen, daß es nicht am Bunde, sondern an der bösen Regierung liege, wenn der Landwirth sein Getreide zum bisherigen und vielleicht noch einem niedrigeren Preise verkaufen muß. Wie gesagt, der wildeste Agrarier kann nicht glauben, daß sich eine Regierung findet, die den ihr angebotenen Vertragsbruch ins Werk setzen könnte, und wir behaupten, daß selbst wenn die Herren Graf Mirbach, Graf Ramis, ja selbst wenn Blöb und Gahn an der Spitze der Staatsgeschäfte ständen, ein solcher Vertragsbruch nicht versucht werden würde, der Deutschland in die schwerste der wirtschaftlichen Krisen schleudern müßte. Die Annahme, daß die anderen Regierungen sich gutwillig in die ihnen zugeworfene Verschlechterung ihrer Handelsbeziehungen fügen würden, ist so unsonstig, daß es schon ein starkes Stück ist, einen solchen Gedanken überhaupt nur zu erwägen.

Und die „Magdeburger Zeitung“ schreibt:

Ueber den Antrag auf Erlaß eines Einfuhrverbotes braucht man nicht viele Worte zu verlieren. Zum nachstommen ist dem Reichstagler unmöglich, einmal mit Rücksicht auf die Handelsverträge, dann auch im Hinblick auf die finanziellen Folgen für Reich und Einzelstaaten, ferner, weil die „mäßige Höhe“ des inländischen Preises, bei deren Errichtung das Verbot außer Kraft treten soll, von der Regierung und dem Bundesrat nicht festgestellt werden könnte, hierzu vielmehr unter allen Umständen die Mitwirkung des Reichstages nöthig wäre, und endlich, weil weder der Reichstagler noch irgend eine Landesregierung die Verantwortung für einen derartigen Entschlusse zu übernehmen wagen kann. Das wissen die Urheber des Antrages alles sehr genau; aber es ist doch ein neuer Agitationsstoff von diesen „Vertretern der Landwirtschaft“ in die Öffentlichkeit geworfen!

In ähnlicher abfälliger Weise äußert sich das wichtigste bayerische Blatt, das auf nationalliberalem Boden steht, die „M. N.“, und die Berliner „Nat.-Ztg.“ sagt:

Der Bruch der Handelsverträge wäre in diesem Falle zugleich ein Bruch der Verfassung; die vom Reichstag genehmigten Verträge binden die Regierungen gegenüber dem Lande; diese haben keinerlei Befugniß, durch ein Einfuhrverbot, wie das ihnen zugeworfen, den Preis für das inländische Getreide auf eine von ihnen zu bestimmende Höhe zu bringen. Noch leben wir nicht unter einem agrarischen Konvent und Wohlfahrtsausschusse.

Auch die „Merikale Germania“ läßt es nicht an Schärfe der Sprache fehlen. Sie schreibt:

Vom politischen Gesichtspunkte aus betrachtet ist dieser Antrag auf Einführung eines Einfuhrverbotes für Brotgetreide in der gegenwärtigen innerpolitischen Situation ein Unternehmen, das nahezu an Tollheit grenzt. Eben erst hat sich ein Anschlag der Regierungskritik vollzogen. Die Männer, die den „Agrariern“ zumeist verhaft waren, die Herren v. Marischall und v. Böttcher haben das politische Feld geräumt und an die Spitze der preussischen Regierung ist Herr v. Miquel, der „Viebling der Agrarier“ getreten. Nun wird ihm einige Tage nach seiner Solinger Dischrede, in der er den „Agrariern“ so freundschaftliche Worte zur Zufriedenheit und zur Mäßigung zugeredet hat, in denen er sie ermahnte, eine Mittellinie einzuhalten, eine solche unerfahrbare Forderung gestellt, eine Rechnung mit dem Vermerk „Ersort zahlbar“. Das hat nun Herr v. Miquel von seinen agrarischen Freunden... „

Weniger schroff ist die Ablehnung seitens der „Kölnischen Volksztg.“. Selbstverständlich ist die energische Ablehnung des Projektes seitens der freisinnigen Presse.

Diese für die Agrarier wenig erbanliche Prüßberbsicht wollen wir mit einem von Professor Reithold in der „Kölnischen Zeitung“ erwähnten, freilich schon zehn Jahre alten Ausspruch des Agrariersehnherrn Miquel schließen, der damals sagte:

„Ich bin für höhere Zölle, aber sie sind politisch unmöglich. In einer Zeit des allgemeinen Stimmrechtes kann man das Korn nicht über einen bestimmten Grad verhohern.“

Reithold sagt, der Bund der Landwirthe werde bei den nächsten Reichstagswahlen infolge seiner demagogischen Agitation eine Gegenagitation wecken, an die man nur mit ernstester Sorge denken könne.

Die Verhandlungen in Konstantinopel sind wiederum abgebrochen. Das alte Spiel geht fort. Das „Reuter'sche Bureau“ berichtet: Da die Türkei die strategische Grenzlinie, welche von den Militärattachés festgelegt ist und auf deren Annahme die Mächte durchaus bestehen, bisher nicht angenommen hat, sind die Verhandlungen zwischen den Vorkaschern und Towfik-Pascha suspendirt worden, obwohl Towfik-Pascha den Vorkaschern noch fortgesetzt Mittheilungen angeden läßt, in denen es heißt, daß die Frage in befriedigender Weise erledigt werden würde. Heute, Dienstag, Vormittag hielten die Vorkascher eine lange Unterredung ab und erstatteten ihren Regierungen Bericht, indem sie denselben Maßnahmen anheimstellten, welche die Lage bedingt. Die Angelegenheit liegt also zur Zeit in den Händen der Kabinette.

Auf Kreta dauern derweilen die unruhigen Verhältnisse fort. In Kanea haben die Admirale infolge der Schwärzlichkeit die Aufseherungen in der Stadt zu unterdrücken, 20 Mohomedaner an Bord bringen lassen, welche wegen Mißhandlung von Christen, die Lebensmittel selbst, und derjenigen Mohomedaner, die dieselben kauften, verhaftet worden waren. Ein Schiff jeder Großmacht übernimmt vier dieser Gefangenen, welche sodann mit dem ersten englischen Paketboot nach Vengasi gebracht werden sollen.

Deutsches Reich.

— Wie Freiherr v. Tzielman Schatzsekretär wurde heißt die „New-Yorker Staats-Zeitung“ auf grund eigener Aeußerungen desselben mit. Auf die Frage des Berichterstatters, ob nicht in der Regel vorausgesetzt werden könne, daß ein Ministerwechsel auch ein Systemwechsel bedeute, erwiderte Herr v. Tzielman: „Ein derartiger Schluß ist durchaus nicht zulässig. Ein Personalwechsel schließt nicht notwendigerweise eine Abänderung der bisher verfolgten Politik ein.“ Ein Programm habe ich nicht“, fuhr er fort. „Ich

habe außer der Kadeldepeſche des Fürſten Hohenlohe, worin er mich im Namen des Kaiſers von meiner Ernennung benachrichtigte, weiter keine Mittheilungen erhalten und erwarte auch keine. Ich habe telegraphiſch, daß ich am 22. Juli abreisen werde. Inzwiſchen arbeite drüber die Maſchine ſelbſtverſtändlich weiter. Die Staats-Vorſchläge werden ausgearbeitet und mir bei meiner Ankunft vorgelegt werden. Ich weiß heute nichts Näheres darüber."

Das iſt jedenfalls eine ſehr ſeltſame Art, ein ſolches Amt zu übernehmen. Du ſollſt Schatzſekretär werden, telegraphiſch man ihm, und geſchrieben ſagt er: Ja. Dabei weiß Herr v. Thielmann nicht, was er vertreten ſoll, welche Aufgaben ſeiner harrten. Oder iſt er bereit, alles zu vertreten, was man von ihm auch verlangen möchte? —

— Des Kaiſers Auge iſt vom Herzog Karl Theodor unterſucht worden. Ein Telegramm meldet: Das Sehvermögen ſei in keiner Weiſe geſtört, nur befinden ſich leichte Reizerscheinungen, inſolge deren einige Zeit Schonung nöthig ſei; der Kaiſer wird die Reiſe fortſetzen.

Vielleicht bringt jezt das „Berl. Tagebl.“ und ähnliche Blätter Leitartikel über „Reizerscheinungen im Auge“. Auch zu neuen Bildern iſt Gelegenheit vorhanden.

— Ein Miniſter von Köller wird, wie die über ihn meiſt gut unterrichtete „Staatsbürger-Zeitung“ meldet, doch nicht Oberpräſident von Schleſwig werden, ſondern es ſoll ihm Kaffel zugeſandt ſein. Der Oberpräſident von Magdeburg würde dann Kaffel mit Schleſwig vertauſchen. —

— Die Direktion des Bundes der Landwirthe theilt mit:

Heute fand in Hildesheim unter Theilnahme des Abgeordneten Dr. Diederich Hahn eine Verſammlung der Vertrauensmänner des Bundes der Landwirthe, der Konſervativen und der Deutſchſozialen ſtatt, welche als gemeinſame Mittelſtandskandidaten des 10. Hannoverſchen Reichstags-Wahlkreiſes einſtimmig den Poſtbeſitzer Feldmann in Wartinſtedt auserwählte.

Haben die Deutſch-Konſervativen noch die Macht, den Kandidaten zu fragen, welcher Partei er ſich im unwahrscheinlichen Falle ſeiner Wahl anſchließen werde? —

— Im Föderkriege zwiſchen Deutſch-Konſervativen und Bändlern nimmt nun wieder einmal die „Konj. Korr.“ das Wort. Sie ſchreibt:

Die Konſervative Partei hat nie und nirgends beansprucht, daß der Bund der Landwirthe ihre „Kommandite“ ſein möge. Sie hat im Gegentheil ſtets lebhaft gegen derartige gegneriſche Unterſtellung proteſtirt. Ebenſo wenig hat die Konſervative Partei jemals verlangt, der Bund ſolle ihre Schlachten ſchlagen; allein ſie erhebt den entſchiedenen und unabwiesbaren Anſpruch, daß der Bund „in der Schlacht“ ſich nicht gegen ſie ſtelle, daß er ſo im Intereſſe der landwirthſchaftlichen Sache antiſemitiſche Einbruchsverſuche nicht nur nicht begünstige, ſondern unzweifelhaft dagegen Stellung nehme. Wenn die Korreſpondenz des Bundes der Landwirthe“ alſo ſchreibt: „Die ſtehen nicht in Lohn und Brot der Konſervativen, aber auch nicht der Antſemiten, laſſen uns überhaupt von keiner Partei anſchließen in Beſchlag nehmen“ — ſo iſt das nicht ganz richtig. In Lohn und Brot“ unſerer Partei — wie geſchmackvoll! — fehlt der Bund freilich nicht; aber unlegbar beſteht der weite in größte Theil der zur Bundeskaſſe ſteuernden Mitglieder aus Konſervativen, und dieſe beſteht es eigenhändig, daß die Bundespreſſe ſich jedesmal ſcharf gegen unſere Partei wendet, wenn dieſe ihre berechtigten Anſprüche geltend macht, dagegen über die Aspirationen und Andringungen der Antſemiten, die dem Bunde vermuthlich keine nennenswerthe Mitgliederzahl zuführen, aber den Frieden in den Wahlkreiſen tödlich, kein Wort verliert. Die Konſervativen Bundesmitglieder werden das nicht länger gleichmüthig hinnehmen dürfen, wenn ſie nicht die Verantwortung für eine ſchwere Schädigung nicht nur unſerer Partei, ſondern auch der Sache der deutſchen Landwirthſchaft mit auf ſich nehmen wollen.

Das iſt einmal eine Sprache, die beweist, daß die Gegenſätze kaum mehr überbrückt werden können. —

— Die Stimmung in Süddeutſchland. Der „Köln. Zeitung“ wird aus Baden geſchrieben: Ein größerer im Intereſſe nationaler Entwicklung bedauerlicher Fehler als das Vorgehen der preußiſchen Regierung ſei lange nicht gemacht worden. Für dieſe Art Regierung ſei im Süden keinerlei Verſtändniß. Heute mache ſich wieder der alte Gegenſatz zwiſchen Nord und Süd geltend. In Preußen ſei der Adel in der Verwaltung überwiegend; im Süden ein aus Bauern und dem Bürgerthum hervorgegangenes Beamtenthum. Preußen müſſe in ſeinen inneren großen Fragen deutſche Politik treiben und Rechnung tragen dem ausgeprägten Unabhängigkeits- und Freiheitsſinn des Südens. —

— Die Petitionen der Juppſegner um Aufhebung des Juppſegengeſetzes, beziehungsweise Beſeitigung des Juppſchwanges, welche dem Reichstage während ſeiner letzten Sitzung zugegangen, ſind, nach einer Mittheilung des Bureau-Direktors Knack an den erſten Miniſterſchreiber der Petition, Dr. Pfing-Berlin, mit Bericht der Petition-Kommiſſion und dem Antrage, die Petitionen dem Herrn Reichskanzler als Material zur Abänderung der Geſetzgebung zu überweiſen, dem Reichstage vorgelegt worden. Wegen Schluß der Seſſion ſei jedoch die Angelegenheit nicht mehr zur Verathung und Beſchlußfaſſung im Plenum des Reichstages gelangt. —

— Das Zentrum beginnt die Wahlvorbereitungen. Die Vorſtände „Tremonia“ ſchreibt:

„Es bedarf in manchen Wahlkreiſen einer völlig neuen Organifation von Grund auf. Der Klerus und alle berufenen Laien ſollten ſchon jezt nach dem Rechten ſehen, um überall legitime Kreiswahlkomitees zu bilden, welche rechtzeitig die Wahllokale einrichten. Nicht bloß auf dem Lande ſind vielfach die Organifationen geſchloſſen, ſelbſt große katholiſche Städte Weſfalens haben durch allerlei Umſtände an der früheren ſtraumen Organifation eingebüßt. „Streberthum“, „geſellſchaftliche Rückſichten“ und „Bergnügungſucht“, das ſind gegenwärtig die drei gefährlichen häuſlichen Gegner einer geſunden Förderung der Zentrumspolitik.“ —

— Das Diſziplinär-Verfahren gegen den Bürgermeiſter Thomsen in Elmhorn ſoll jezt dem Vernehmen nach der Regierungspräſident von Schleſwig eingeleitet haben. Zu dieſem Zweck ſind die Akten des Prozeſſes Thomſen v. Köller von der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Altona eingefordert worden. Antwörter v. Köller hat auf die Reviſion verzichtet; er tritt die ihm zuerkannte achtstägige Feſtungs-haft an. —

— Frauen im Apothekerberuf. Auf der am 24. und 25. Auguſt zu Straßburg i. G. ſtattfindenden Hauptverſammlung des Deutſchen Apothekervereins wird auch der Antrag eines Kreisvereins zur Verathung geſelogen, nach welchem der Deutſche Apothekerverein mit Rückſicht auf die im preußiſchen Apothekervereins zur Erweiterung ſtehende Frage der Zulaffung der Frauen zum Apothekerberuf erklären ſoll, daß den Frauen der Zutritt zum Apothekerberuf zu geſtatten iſt, ſofern ſie die geſetzlich vorgeschriebene wiſſenſchaftliche Vorbildung beſitzen und im einzelnen Falle auch körperlich beſähigt erſcheinen.

— Fahrrad-Steuer. In Bayern ſoll eine Beſteuerung der Fahrräder von Finanzminiſterium ſeit in Anſicht genommen ſein. Die „Köln. Post“, die dieſe Mittheilung bringt, berechnet die Zahl der in Frage kommenden Räder auf mindereſtens 50 000 und ſagt im übrigen: Nur müßte bei einer ſolchen Beſteuerung unbedingt darauf Rückſicht genommen werden, welchem Zwecke das Fahrrad dient. Das Rad des Arbeiters, das Rad des Geſchäfts-

mannes darf nicht verſteuert werden, wenn er es zu geſchäftlichen Zwecken benützt. Die meiſten Räder dienen indessen dem Sport.“

Solche Steuerexperimente haben wenig Zweck. Auch giebt es genug andere Zugabegenstände, die weit eher in Betracht kommen müßten, als das Fahrrad, das zu erwerben ſich auch Kinderbewilligte hier und da ermöglichen. —

Dresden, 20. Juli. Von den Konſervativen iſt im 1. Landtags-Wahlkreis Dresden-Altkönig Bürgermeiſter Leupold als Kandidat für die bevorſtehende Landtagswahl aufgeſtellt worden. Die Antſemiten haben in dieſem Kreiſe den Stadtverordneten Rechtsanwalts Häckel aufgeſtellt.

Die Konſervativen werden ſchöne Augen machen, wenn ihnen inſolge des neuen Dreiklaſſen-Wahlſyſtems eine ganze Anzahl Mandate von den Antſemiten abgenommen werden. —

Ungarn.

Budapeſt, 20. Juli. Abgeordnetenhaus. Die Bänke aller Parteien ſind dicht beſetzt. Der Miniſterpräſident Baron Banffy, von den Liberalen lebhaft begrüßt, erklärt, da eine Anzahl wichtiger Vorlagen der Beſchlußfaſſung harren, für welche ſich ein bedeutendes Intereſſe kundgebe und deren Erledigung die Regierung wünſche, ſo beantrage er, die Dauer der Sitzungen bis 3 Uhr nachmittags auszudehnen. Der Abgeordnete Szentivanyi, der Vizepräſident der Nationalpartei, erſucht, die Debatte über dieſen Antrag erſt morgen zu eröffnen, da die Parteien der Opposition noch nicht in der Lage wären, ſich über dieſelben ſchlüſſig zu machen. Der Miniſterpräſident iſt mit dieſem Wunſche einverſtanden und derſelbe findet daraufhin allgemeine Zuſtimmung. Es folgt ſodann die Fortſetzung der Verathung über die Zuckerprämien-Vorlage. —

Belgien.

Brüſſel, 20. Juli. Die Repräſentantenkammer beſchloß, die Verſetzung auf Abſchaffung der militäriſchen Stellvertretung in Erwägung zu ziehen. —

— Leopold, der Belgierkönig, hat, wie unſere Deſer wiſſen, wegen zweier Ende vorigen Jahres erſchienenen Notizen gegen das „Damburger Echo“ Strafanktrag geſtellt, indem er ſich „beleidigt“ fühlte. Gegen den zu jener Zeit verantwortlichen Redakteur des „Echo“, Stengel, iſt auch richtig Anklage erhoben worden. Stengel hat es indessen unternommen, den Wahrheitsbeweis für die bezüglich Leopolds II. aufgeſtellten Behauptungen zu erbringen, und er hat den Antrag geſtellt, daß einige Perſonen aus der Umgebung des Belgierkönigs kommiſſariſch von einem belgiſchen Gericht vernommen werden ſollen. Nach der „La petite République“ haben die belgiſchen Behörden dieſe kommiſſariſche Vernehmung abgelehnt, und zwar unter Verweiſung auf die Beſetzung, welche die Unverletzlichkeit des Königs garantirt. Die Unverletzlichkeit laſſe es nicht zu, daß die Juſtizbehörden ſich zu Unterſuchungen hergeben, welche das private oder politiſche Verhalten des Königs betreffen.

Die „Petite Republ.“ ſtellt in ihrem „Co bon Leopold“ betitelten Artikel ſehr intereſſante Betrachtungen über den Belgierkönig an und namentlich über das noble Verfahren, durch Verbot der Vernehmungen dem Angeklagten die Möglichkeit zu räumen, den Wahrheitsbeweis zu erbringen. Leider müſſen wir es uns in Rückſicht auf unſere „Freiſchheit“ verſagen, den Artikel des Parifer Blattes zu reproduzieren. Leopold II. wird nicht ſehr erbaut ſein von dem Urtheile, daß ſeine „Nobleſſe“ nun auch in Paris ge-bührend charakteriſirt wird.

Holland.

— Die Erſt- und Zweitwahlen in Leerdam und Winſchoten — ſo wird uns aus Amſterdam geſchrieben — werden am 27. Juli ſtattfinden, die Stichwahlen, wenn nöthig, am 3. Auguſt. Unſererlei ſind, wie ſchon gemeldet, Genoſſe Van Wan Kollandir. In beiden Wahlkreiſen werden die bürgerlichen Parteien das mögliche an, um uns den Sieg ſtreitig zu machen. Alle ſpielen ſich ſehr radikal auf. Die Verewandener Vereine, welche vorher den Radikalen Gerritsen kandidirten, haben jezt den „Radikal-Sozialiſten“ Widdelkoop als Kandidaten gewählt, die Liberalen ſtatt des Konſervativen Kieſtra den fortſchrittlichen Pyttersen. Die Ultramontanen werden ſchon im erſten Wahlgange für den antirevolutionären Kandidaten ſtimmen. In Winſchoten treibt man daſſelbe Spiel. Die Liberalen haben dort jezt einen radikalen Kandidaten. Die geplante Einigung zwiſchen allen Schutzvätern iſt hier aber mißlungen.

Die Lage iſt ſomit ganz verändert und über unſere Anſichten läßt ſich gar nichts vorausſagen.

Die letzten Wochen haben uns einige Erfolge gebracht bei den Gemeinderaths-Wahlen. In Sappemeer (Provinz Groningen), Doordarabel (Provinz Friesland), Hengelo und Almelo (Provinz Overſſel) ſind Sozialdemokraten in die Gemeinderäthe gewählt worden. In Amſterdam iſt Henri Polat, der Vorſitzende des Diamantarbeiter-Bundes, in der Stadt Groningen Schaper, ein Mitglied des Parteivorſtandes, in Winſchoten der Genoſſe Kesther in Stichwahl gekommen.

Auch auf dieſem Gebiete hat alſo der Kampf der holländiſchen Arbeiterklaſſe einen Anfang genommen. —

Frankreich.

Paris, 19. Juli. Der Marineminister Vize-Admiral Bedard hat der Unterkommiſſion mitgetheilt, daß die Regierung geneigt ſei, unabhängig von dem Programm für Schiffebau, die Kreditforderungen für das Jahr 1898 zu erhöhen, um die nöthigen Ausbeſſerungen innerhalb der Flotte ſowie die Anlage eines erſorderlichen Stützpunktes für dieſelbe ins Werk zu ſetzen. Die Regierung beſchäftigt ſich mit der Frage der Beſchaffung der entſprechenden Mittel. —

Paris, 20. Juli. In der heutigen Vorſitzungsſitzung der Deputirtenkammer wurde die Vorlage betreffend die vier direkten Steuern mit 518 gegen 7 Stimmen angenommen, nachdem alle Abänderungsanträge zurückgeſchoben worden waren.

Feiner nahm die Kammer nach Beſchluß der Dringlichkeit ohne Erörterung mit 518 gegen 18 Stimmen einen Kredit von 7 Millionen Franke für das Rechnungsjahr 1897 an zur Kiellegung einer Anzahl Schiffe, zur Verſteigerung der Ausbeſſerung der Kriegsflotte und zur Ausgeſtaltung des Hafens von Biserta zu einem Stützpunkt der Flotte.

Wiſerta liegt an der Nordküſte von Tunis und iſt franzöſiſche Kolonialſtation. Durch Verſchiebung der Hafeneinfahrt ſoll das Einlaufen größerer Kriegſchiffe ermöglicht werden, wodurch Biserta zu einem wichtigen Stützpunkt der franzöſiſchen Flotte im Mittelmeer werden würde. Den Engländern und Italienern wird dieſe Erweiterung der franzöſiſchen Macht im Mittelmeer nicht angenehm ſein. —

Paris, 20. Juli. Cornelius Herz hat an die Panama-Kommiſſion ein Schreiben gerichtet, in welchem er erklärt, er könne dieſelbe erſt am 12. Auguſt empfangen, müſſe aber vorher die ſchriftliche offizielle Beſtätigung haben, daß die Kommiſſion ſich ehren-wörtlich verpflichtet, volles Licht in die Panama-Affäre zu bringen. Die Wäſter melden, daß Cornelius Herz von der franzöſiſchen Regierung einen Schaden von 5 Millionen Franke verlange für die Unbill, welche ihm durch den gegen ihn angeſtrengten Expreſſionsprozeß und durch die Streichung aus den Listen der Ehrenlegion zugefügt worden ſei. Der hierauf bezügliche, in beſtändigem Tone gehaltene Brief ſei direkt an den Präſidenten Faure gerichtet geweſen, welcher denſelben dem Juſtizminiſter übergeben habe.

Dieſe Mittheilungen ſind höchſt ſonderbar. Faſt möchte es ſcheinen, als ob Cornelius Herz ſich einen groben Spas mit der Panama-Kommiſſion und der Regierung machen wolle. Andererseits haben die beiden Abgeordneten der Kommiſſion einen großen Eindruck von den Mittheilungen des abenteuerlichen Mannes gehabt, ſo daß möglicherweise auch wirklich bedeutende Enthüllungen bevorſtehen. Jedenfalls iſt es erfreulich, daß die Panama-Kommiſſion, in der beſonders auch der Sozialiſt Viviani eifrig mitwirkt, kein Mittel unbenützt laſſen will, um volles Licht in die dunkeln Winkel des Panama zu werfen. —

Italien.

— Umfangreiche Arbeiteraufrände herrſchen in den Gebieten von Ferrara, Cremona und Bologna. Die Landarbeiter verſuchen dort, ähnlich wie es im ungarischen Weſtland der Fall war, die Zeit der Ernte zur Verbeſſerung ihrer Lohnverhältniſſe zu benutzen. Außer den ländlichen Arbeitern befinden ſich aber auch andere gewerbliche Arbeiter im Aufruhr, ſo die Garmentierinnen von Cremona, die Zementarbeiter von Burano u. a. Die wirthſchaftliche Lage dieſer Arbeiterschichten iſt eine überaus traurige, wie ſelbſt der römische Korreſpondent der „Kreuz-Zeitung“ zugiebt.

Am ſchlechteſten bezahlt ſind die Frauenarbeiten des Heidegäters und auf der Tenne, woſür bei ſieben- bis ſechſtägiger Arbeitszeit täglich 1—1½ Lire gezahlt werden. Bei männlichen Arbeitern ſteigt der Lohn in der letztgenannten Kategorie bis auf 2½ Lire. Mit Getreidemäher verdienen die Frauen zwiſchen 2 und 2½, die Männer bis 3½ Lire täglich, wobei zu erwähnen iſt, daß im Auguſt, wo die Erntearbeit am dringendſten iſt, etwas mehr bezahlt zu werden pflegt. Höher iſt der Lohn für die Drescher, welche es bei durchſchnittlich achtstündiger Arbeitszeit gewöhnlich auf 3½ bis 4 Lire bringen. Außer dem Dienſt in ſeinem Lohn beſteht faſt überall auch die Akfordarbeit, und da die Arbeiter Norditaliens mit Recht den Auf ſteigender Löhne genieſen, ſo laun es nicht Wunder nehmen, daß ihr Tagesverdienſt in den Erntemonaten die Höhe von durchſchnittlich 4½—6 Lire erreicht. Die Akfordarbeiter erhalten allerdings, im Gegenſatz zu der Mehrzahl der übrigen, keinen Wein. Bei dieſen Löhnen iſt jedoch zu beſchäftigen, daß die jährliche Arbeitsdauer eine ſehr kurze iſt und ſich auf etwa 4 Monate beſchränkt.

Die Regierung tritt dem Aufruhr mit ihren gewöhnlichen Mitteln entgegen, ſie ſchickt Soldaten. Im Streitgebiet von Bologna und Ferrara ſtehen über ein Regiment Verſaglieri und ein Regiment Reiterei. Es wurden über 150 Verhaftungen vorgenommen; unter den Verhafteten befinden ſich auch verſchiedene Lehrer. Schon haben die gerichtlichen Verhandlungen gegen die Arbeiter, die das Verbrechen begingen, ſich eine etwas beſſere Lebenslage erringen zu wollen, begonnen, und zwar bilden die Anklagepunkte durchweg Delikte gegen § 248 — Bildung von Geſellſchaften zur Verübung von Verbrechen u. ſ. w. —; § 168 — Anwendung von Gewalt und Drohungen gegen Beamte — und § 167 — Beſchränkung der Freiheit zur Arbeit.

Werdings iſt in Ferrara auch eine Kommiſſion, beſtehend aus Akfordarbeitern und Regierungsvertretern, unter dem Vorſitz des Präſidenten der Provinz ſammeltgetreten, um über die Aufſtellung je nach der Ortlichkeit mobiliſirter, aber in ihrem Tenor übereinstimmender Verträge zwiſchen Belghern und Landarbeitern zu verhandeln. Verträge, welche dann ſpäter, vielleicht mit mehr oder minder bedeutenden Einſchränkungen obligatorisch werden ſollen. Arbeiter hat man zu den Verathungen nicht hinzugezogen, was allein ſchon zeigt, daß eine verhältnißmäßig beſriedigende Löſung des Streites auf dieſe Weiſe nicht zu erwarten iſt. —

Mailand, 19. Juli. („Frankf. Ztg.“) Die Ausweitung der Korreſpondenzen der politiſchen Tagesblätter, einſchließlich des konſervativen „Corriere della Sera“ in Mailand und der oſtiziden „Gazzetta Emilia“ in Bologna aus dem Streitgebiet erregt hier Aufſehen. Die Maſſenverhaftungen der Auswärtigen dauern fort. —

Rom, 19. Juli. Eine Depeſche aus Turin an den „Messaggero“ bezeichent die Nachricht, daß der Graf von Turin eine Herausforderung zum Zweikampf an den Prinzen Genri von Orleans zu richten beabſichtigt, als unrichtig.

Spanien.

— Die Entſendung amerikaniſcher Kriegſchiffe nach Marokko hat in Madrid ſtarke Verſtimmung hervorgerufen. Wie dem „Hamb. Corresp.“ aus Madrid geſchrieben wird, ſieht die ſpaniſche Regierung auf dem Standpunkt, daß nach den Beſchlüſſen der Marokkokonferenz von 1880 nur die europäiſchen Staaten das Recht haben, Schutzbriefe für Einwohner des Sultanats auszuſtellen. Auch ſei es geradezu eine Beleidigung Europas, wenn von amerikaniſcher Seite behauptet werde, daß die nicht mohamedaniſche Bevölkerung Marokkos von den europäiſchen Mächten nicht genügenden Schutz erhielt, weshalb ſich die Regierung der Vereinigten Staaten genöthigt ſehet, hier helfend einzugreifen. Die ſpaniſche Preſſe fordert daher die Regierung auf, ſie möge dieſejenigen Regierungen, die das Protokoll der Marokkokonferenz von 1880 unterzeichneten, zu einem gemeinſamen Proteſt gegen die Einmiſchung Nordamerika's in die marokkanischen Angelegenheiten einladen. —

Rußland.

Peterſburg, 20. Juli. Der „Hamb. und Induſtrie-Zeitung“ zufolge iſt die Blättermeldung falſch, daß das Miniſterium des Innern auf Anregung einer Semſtrow beſchloſſen habe, in den Gegenden mit ſchlechter Ernte Getreidevorräthe mit Geldern, welche dem allgemeinen Reichthum entnommen werden ſollten, auszu-kaufen. Obgleich in mehreren Gegenden thatſächlich eine Miſerere an Getreide zu erwarten ſei, brauche dennoch nicht zur Veräußerung von Verpflegungskapital geſchritten zu werden, weil, den dem Miniſterium zugegangenen Berichten zufolge, an dieſen Orten genügende Vorräthe an Getreide zum Beſatz der Winterfelder und für die Verpflegung der Bevölkerung vorhanden ſeien. —

Amerika.

— Karl Schurz, dem beſtaunten Deutſchen in den Vereinigten Staaten, ſoll der Peterſburger Poſtkorſtboten angeboten worden ſein. —

Washington, 19. Juli. Dingley erſtattete heute den Bericht der Konferenz für die Verathung der Tarifbill und verlas eine Anſtellung derjenigen Tarifänderungen, über welche ſich die Konferenz geeinigt hat. Zuerſt über 16 Standard holländiſch und ruffiniſter Zucker ſollen 10/100 Cent für jedes Pfund zahlen. Der Reziprozitätvertrag mit Hawaii wird aufrecht erhalten. Die Maßnahme tritt unmittelbar nach Annahme des Geſetzes in Kraft. Kunſtwerke haben einen Zoll von 20 Pct. zu entrichten, es ſei denn, daß ſie für eine Anſtellung an irgend einem genau angegebenen Plage beſtimmt ſind. Erſtklaſſige Wolle zählt 11 Cent, zweitklaſſige 12 Cent Zollgebühren, gewachſene, entſetzte oder in anderer Weiſe zubereitete oder gereinigte Wolle den doppelten oder dreifachen Zollſatz, den die un-bearbeitete zu entrichten gehabt hätte. Wollfabrikate unterliegen im weſentlichen denſelben Beſtimmungen wie unter dem Mac Kinley-Tarif. Die Konferenz hat die Beſtimmung des Senats angenommen, welche denjenigen Waaren, für welche Ausfuhrprämien gezahlt werden, Kompensationszölle auferlegt. Die Stempelſchuld für Staats- und Bonds wird abgelehnt. Die Zölle, welche der Senat auf Spirituoſen und Weine gelegt hat, werden im allgemeinen angenommen. Die Gebühren für Baumwolle bleiben in der Hauptſache ſo, wie ſie vom Repräſentantenhauſe feſtgeſetzt wurden. Für Flach und Hans werden die vom Senate beſtimmten Zollſätze angenommen.

Washington, 20. Juli. Repräſentantenhaus. In der am Mittwoch erfolgten Abſtimmung wurde der von Dingley erſtattete Konferenzbericht über die Tarifvorlage mit 185 gegen 115 Stimmen angenommen. —

Die auswärtige Politik Englands

Lam am Montag im Unterhaus in einer großen Debatte zur Erörterung. Die kreteniſche und türkiſch-griechiſche Frage ſtand im Vordergrund, aber auch Vorgänge in andern Erdzonen wurden in die Debatte gezogen. Wir geben die ziemlich ausführlichen tele-graphiſchen Mittheilungen nachfolgend wieder:

London, 19. Juli. Unterhaus. Bei den Verhandlungen über den Ausgabenetel des Auswärtigen Amtes wünſcht Harcourt Aufſchluß über die Ergebnisse der Vermittlung der europäiſchen Mächte bei der Türkei betreffend Armenien, Kreta und die Friedensverhandlungen zwiſchen Griechenland und der Türkei. Im Falle von Kreta ſei vollſtändige

Autonomie und die Abberufung der türkischen Truppen versprochen worden, allein erst im Laufe der letzten 48 Stunden habe der Sultan die Absicht, Kreta wider zu besetzen, aufgegeben.

Der Parlaments-Unterschatz Curzon erklärte darauf folgendes:

In Armenien herrsche bittere Noth, jedoch seien die türkischen Beamten in Uebereinstimmung mit den europäischen Mächten bemüht, bessere Zustände herbeizuführen. Die Blockade Kreta's sei noch nicht formell aufgehoben worden, weil es erwünscht schien, die Einfuhr von Waffen und die Landung von Freiwilligen auf der Insel zu verhindern; mit dieser Ausnahme sei die Blockade aber thatsächlich nicht in Wirklichkeit. Schevab-Pascha sei nicht nach Kreta gegangen; auch sei es nicht wahrscheinlich, daß er sich dorthin begäbe, da sein Eintreffen auf der Insel unter den gegenwärtigen Verhältnissen einen falschen Eindruck hervorrufen würde. Die Statthalterhaft auf Kreta sei Droh bisher nicht angeboten worden, aber sie werde von den Mächten erwogen.

Mit dem Rückzuge der griechischen Truppen hat sich die Haltung der Insurgentenführer geändert; dieselben schienen geneigt, die völlige Autonomie der Insel und die Ernennung eines christlichen Gouverneurs sehr höher zu schätzen. Durch die Wahl von Abgeordneten zur Nationalversammlung böden die Christen den Mächten eine wesentliche Unterstützung. Die Lage in Kandia sei noch etwas gefährlich, im allgemeinen hätten sich jedoch die Verhältnisse auf Kreta gebessert. Die Mächte seien von keiner ihrer Erklärungen und Verpflichtungen zurückgetreten. Ueber die Grundlagen der Autonomie Kreta's, nämlich Einrichtung einer Gendarmerie nach europäischen Muster und progressive Verminderung der türkischen Truppen auf der Insel, seien die Mächte einig. Europa könne nur die Bedingungen schaffen, unter denen die Pazifizierung der Insel möglich sei, die Durchführung der Pazifizierung müsse den kretensischen Christen überlassen bleiben.

Betreffs der griechisch-türkischen Friedensverhandlungen seien die Mächte von Anfang an darüber einig gewesen, den Forderungen der Pforte entgegenzutreten, und sie hätten die Erklärung abgegeben, daß eine Wiederabtretung Theßaliens an die Türkei nicht zugelassen werden könne. Einer Grenzberichtigung hätten sie zugestimmt, damit die Türkei in Zukunft nicht so leicht einem plötzlichen Angriffe ausgesetzt sei. Bezüglich der Kriegsschadigung hätten die Mächte erklärt, daß dieselbe in gewissem Grade zu bemessen sei nach der Leistungsfähigkeit Griechenlands, die jährlichen Zinsen zu zahlen. Was die Kapitulationen anlangt, so hätten die Mächte eingewilligt, daß eine Reform derselben hinsichtlich gewisser Mißbräuche vorgenommen werde. Die Pforte habe im Prinzip der von den Militärbehörden skizzierten strategischen Grenzlinie zugestimmt; falls innerhalb dieser Linie kleine Gruppen Christen wohnen, sollten diese die Wahl der Auswanderung haben und Entschädigung erhalten. Die Forderungen seien bemüht, den Höchstbetrag der Kriegsschadigung festzusetzen, welche Griechenland zahlen könne. Auch diesen Punkten habe die Pforte im Prinzip zugestimmt. Die Dragomane der Botschafter hätten eine Aufstellung der bezüglich der Kapitulationen herrschenden Mißbräuche entworfen, welche mit den Rechtskräften der Pforte erörtert würden. Auf beiden Seiten sei die Neigung vorhanden, hierüber zu einer Verständigung zu gelangen, mithin sei ein sehr unterschiedener Fortschritt gemacht worden. Während der ganzen zwei Monate der Unterhandlungen seien zwischen den Mächten niemals wesentliche Streitpunkte entstanden, ja er könne sagen, überhaupt keine Streitpunkte entstanden. Es läge kein Grund vor, weshalb die Eintracht nicht fortbauern sollte. Jede förmliche Handlung und einseitige Politik einer Macht könne die Friedensansichten nur gefährden. Es sei nicht so sanguinisch von der Regierung, zu hoffen, daß das europäische Konzert den Frieden sichern werde. (Beifall.)

Ferner streifte der Sekretär des Aeußern auch die abessinische und ostafrikanische Frage. Es würde, meinte er, nicht weise sein, über den mit Abessinien abgeschlossenen Vertrag gegenwärtig eine Erklärung abzugeben. Was Korea anlangt, so habe das Land lange Jahre von China abgehängt, jetzt lehne es sich an Rußland an. Englands Handelsinteressen in Korea seien nicht umfangreich. Englands Hauptinteresse richte sich auf die Unabhängigkeit Korea's, daselbe dürfe nicht territorial oder administrativ mit Rußland vereinigt werden, und die koreanischen Häfen dürften nicht zu Stützpunkten für Operationen gemacht werden, welche das Gleichgewicht im Osten fördern oder einer Macht die maritime Kontrolle in den östlichen Gewässern geben könnten. Wenn ein solcher Versuch gemacht werden sollte, so würde England seine eigenen Interessen zu wahren haben.

Der Antrag Balsour auf Schluß der Erörterung wurde sodann mit 160 gegen 73 Stimmen angenommen und der Etat des Aeußeren Amtes ohne besondere Abstimmung genehmigt.

Bei der Erörterung des Etats des Kolonialamtes griff Arnold Forster Rhodes festig an. Der Bericht des Untersuchungsausschusses sei unzulänglich und unbefriedigend, umsonst, da das Vorgehen der Chartered Company nicht untersucht worden sei. Balsour wies die Angriffe Forsters zurück; seine Beschuldigung, daß die Regierung die Debatte zu hintertreiben suche, sei grundlos. Der Ausschuss habe den Einsall Jameson's als gänzlich ungerechtfertigt vernichtet. Rhodes selbst habe nie versucht, ihn zu rechtfertigen, es sei jedoch billig, anzuerkennen, daß Rhodes Südafrika und dem Reiche werthvolle Dienste geleistet habe. (Beifall.) Was wir zu sichern haben, ist, daß die Verwaltung des Landes eine gerechte ist und nicht illegitim durch pekuniäre Rücksichten bestimmt wird. Harcourt verlangt darauf, daß ein bestimmter Tag für die Besprechung dieser Angelegenheit angesetzt werde. Balsour gab der Hoffnung Ausdruck, am Montag oder Dienstag der nächsten Woche die südafrikanischen Angelegenheiten zu besprechen. Stanhope bemerkte, er werde eine Resolution beantragen, welche das Unterlassen eines energischen Eingreifens und den Bericht des Untersuchungsausschusses bedauere, hauptsächlich die Unterlassung des Vorschlages besondrer Schritte gegen Rhodes und die Unterlassung eines sofortigen Berichtes über den Ungehorsam Jameson's bei Unterbreitung gewisser Telegramme; die Resolution werde ferner beantragen, daß Dawley vor die Schranken des Unterhauses tritt und die Telegramme vorlege. Die Debatte über den Etat wurde hierauf vertagt. —

Partei-Nachrichten.

Partei-Konferenzen. Für den 11. anhaltischen Reichstags-Wahlkreis findet am 15. August eine Parteikonferenz in Staßfurt statt.

In Nieder-Ingelheim hält am 25. Juli der Wahlkreis Alzen-Weingen eine Parteikonferenz ab.

Der 1. weimarsche Wahlkreis hält am 25. Juli in Alstedt eine Konferenz ab.

Reichstagskandidaturen. In Elberfeld ist in einer Parteiverammlung an Stelle des bisherigen Abgeordneten Garm der Genosse Rosenbüch als Kandidat für die nächste Reichstagswahl aufgestellt worden. Die Versammlung nahm nach einem Referat des Genossen Garm nachstehende Resolution an: „Die heutige Kreisversammlung von Elberfeld-Varmer bedauert, daß der Genosse Garm nicht mehr gewillt ist, die Kandidatur anzunehmen. Sie erkennt die Gründe seiner Mandatsübertragung als vollkommen gerechtfertigt an. Die Versammlung spricht dem Genossen Garm für seine stets anopferungsvolle Thätigkeit im Interesse des kämpfenden Proletariats ihre volle Anerkennung aus. Sie glaubt dies um so eher thun zu können, da Genosse Garm nach wie vor der Partei seine Kräfte widmen wird.“

In Hof in Bayern wurde der Genosse Redakteur Stücklen als Kandidat aufgestellt.

Von der Agitation. Genosse Pfannkuch-Hamburg unternimmt gegenwärtig eine Agitationstour im 7. schleswig-holsteinischen Wahlkreise, und zwar wird er in folgenden Orten sprechen bzw. hat er bereits gesprochen: Gaarden, Rortorf, Ellerbek, Wellingdorf, Dietrichsdorf, Neumühlen, Greve, Holtenu, Kiel, Winterbek, Neumünster, Rendsburg, Preetz.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— Wegen seine Verurteilung wegen angeblicher Beleidigung des Königs der Belgier hat der Redakteur des „Proletarier aus dem Gulengebirge“, Gen. Feldmann, Revision eingelegt, sodas sicher die für die belgische Majestät so unangenehme Sache noch einmal zur Verhandlung kommen wird.

— Das sozialdemokratische Parteifest, welches von den Sozialdemokraten der Unterweserte in Gese münde abgehalten werden sollte, ist vom Polizeibeamten des Landraths verboten worden. Der Vertramensmann, der das Fest beim Landrathsamt angemeldet hat, erhielt folgende Verfügung: „Die Abhaltung des Arbeiter-Parteifestes am 1. August et. in Schiefer'schen Lokale kann, da Frauen, Schüler, Lehrlinge pp. an demselben theilnehmen sollen, mit Rücksicht auf die Vorschriften des § 8 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 nicht gestattet werden.“ — Man sieht, es geht auch ohne die lex Medea.

— Genosse Mattutat, den unsere Berliner Genossen von früher her sehr wohl kennen, hat dieser Tage eine Gefängnisstrafe von 14 Tagen angetreten, die ihm als Redakteur der „Angsbürger Volkszeitung“ zudiktirt worden war.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Betreffs des neuerrichteten Arbeitsnachweises im Bau-gewerbe hat dessen Kuratorium den Antrag der Lohnkommission der Zimmerer wegen der Beilegung der Arbeitnehmer an der Verwaltung des Arbeitsnachweises dahin beantwortet, daß man im Prinzip hiermit einverstanden sei, daß man jedoch infolge der geltenden Geschäftsordnung ohne Zustimmung der Innung der Bau-, Maurer- und Zimmermeister keine Änderung vornehmen könne. Das Kuratorium drückte seine Bereitwilligkeit aus, die Angelegenheit der nächsten Innungsverammlung zur Entscheidung vorzulegen und das Gesuch der Arbeitnehmer zu befürworten.

Deutsches Reich.

„**Grober Unfug**“ in neuem Glanz. Die Anwendbarkeit des groben Unfug-Paragrafen ist noch lange nicht erschöpft. Die Woktor Polizei hat ihm neue Aufgaben zugewiesen. Die dortigen streifenden Zischler hatten sich gehütet, mit diesem Allerweltstier von Straiparagrafen in Konflikt zu kommen. Das einzige, was die Streifenden gethan haben, um die arbeitswilligen Zischler für den Streik zu gewinnen, bestand darin, daß sie dieselben unter Polizei-Schutz zur Arbeit Gefährten ein „stilles Geleit“ gaben.

Und in diesem ruhigen Gehen auf der Strafe neben jenen anderen soll nun plötzlich ein „grober Unfug“ erblickt werden. In einem Falle hat die Polizeibehörde bereits einen Strafbefehl wegen dieses Vergehens erlassen.

Ein deutscher Richter über streikende Arbeiter. Kürzlich machte die Aeußerung eines englischen Richters die Runde durch die Presse, in welcher die Streikbrecher nicht gerade als die achtbarsten Leute hingestellt wurden. Heute können wir die Aeußerung eines Hamburger Gerichtsordnungsbeamten registriren, welche dieser bei Beurtheilung eines Arbeiters that, der sich während des Hamburger Hafenarbeiterstreiks gegen den § 153 vergangen haben sollte. Der Herr Landgerichtsdirektor sagte: „Die Streikenden erklärten es ja damals für ihr göttliches und menschliches Recht, jeden, der arbeitete, verprügeln zu dürfen!“ — Das „Hamb. Echo“ sagt dazu: Man darf billiger Weise von einem Landgerichtsdirektor, dessen Aufgabe es ist, der Wahrheit zu ihrem Rechte zu verhelfen, erwarten, daß er selbst sich in erster Reihe der reinen Wahrheit befleißigt und sich nicht zu Behauptungen herbeiläßt, für welche er den Beweis der Wahrheit nicht zu erbringen vermag.

Eine Arbeitseinstellung hat am den Holzlager von Albers, Hamburg-Vergelde, stattgefunden. 16 Hilfsarbeiter legten die Arbeit nieder, weil sie statt des bisherigen Lohnes von 4 M. nur noch einen Tagelohn von 3,50 M. erhalten sollten.

Die Arbeiter der Zuteilung in Delmenhorst haben am 17. d. M. beschlossen, wie die „Weser-Zeitung“ meldet, am Montag die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen. Im Laufe des Tages soll eine Vereinbarung betreffs Lohnerhöhung angestrebt werden. Von dem Ergebnis ist der weitere Gang der Angelegenheit abhängig gemacht. — Eine Befestigung dieser Nachricht bleibt abzuwarten.

Die Freireisenden von Hannover haben eine Kommission beauftragt, den Reichern folgende Forderungen zu unterbreiten: Schließung des Geschäfts für die Gehilfen außer Sonnabends 9 Uhr, Bewilligung eines Minimallohnes von 6 M.; Anerkennung der Gehilfenorganisation.

Der Konflikt zwischen den Braunschweiger Töpfern und ihren Meistern hat nun zum offenen Bruch geführt, die Gehilfen sind in den Streik eingetreten. Zwar werden noch Unterhandlungen gepflogen, die Unternehmer aber befehligen sich, mittlerweile Erlaß herauszulassen. Der Obermeister, Herr Kleincke, ist nach Berlin geehrt, um seine Arbeit von hier aus ansetzen zu lassen, worauf die Berliner Töpfer aufmerksam gemacht seien.

Zum Leipziger Maurerstreik. Beim Maurermeister Paßkämper in Plagwitz hatten zugewanderte italienische Maurer zu arbeiten begonnen. Diese sind aber bis auf 4 Mann wieder abgereist; die letzten werden Leipzig in den nächsten Tagen verlassen. Wie die Polizeibehörde, so hat nun auch die Amtshauptmannschaft den Streikenden, die die von auswärts kommenden Kollegen über die Lage aufklären wollen, das Aufstellen und längere Verweilen auf öffentlichen Straßen verboten.

Lohnbewegung der Ziegler am Niederrhein. In der Gegend bei Oberhausen haben die Ziegler an mehreren Stellen die Arbeit niedergelegt. Sie verlangen zum Theil 25 M. Wochenlohn und freie Station, womit sich nach der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ die Ziegler nicht einverstanden erklären können, da sie schließlich mit 20 M. arbeiten müßten. Das Essener Kapitalistenblatt berichtet weiter: Für diejenigen Zieglerbesitzer aber ist es schlimm, welche die Steine vertragsmäßig liefern müssen und bei Arbeitseinstellungen ihren Verpflichtungen nicht nachkommen können. Wie wir hören, sind einige Unternehmer gezwungen, vorläufig die hohen Löhne zu bezahlen, doch wird dies nicht lange anhalten, da in einigen Wochen Steine genug vorhanden sein werden und dann wird der Streik umgedreht. — Die Arbeiter sollten sich organisiren, dann wäre das Spießrathen nicht so leicht. — Aus Mülheim an der Ruhr wird gemeldet: Die Zieglerarbeiter im hiesigen Kreise sind theils in einen Ausstand eingetreten; sie verlangen eine bedeutende Lohnerhöhung. Einige Zieglerbesitzer haben vorläufig nachgegeben, um nicht mit ihren Betrieben ins Stocken zu geraten.

Ausland.

Zur Achtstunden-Bewegung der englischen Maschinenbauer. In den letzten Tagen haben in London neun weitere Firmen den Achtstundentag bewilligt. Aus Belfast kommt die Nachricht, daß auch dort drei Firmen die Forderungen bewilligt haben; im ganzen haben im Laufe der letzten Woche also 17 Firmen dem Willigt. Nach der Bewilligung wird überall die Arbeit sofort wieder aufgenommen. Die Führer des Ausstandes erklärten sich mit dem bisherigen Verlauf sehr zufrieden.

Vom Gewerksverein der deutschen Metallarbeiter ist das folgende Schreiben im Hauptquartier des Streik-Ausschusses der englischen Metallarbeiter eingegangen:

Rürnberg, 14. Juli.

Lieber Kollege! Liegend erhalten Sie No. 28 und No. 29 der „Zeitung für die deutsche Metall-Industrie“. Sie werden darin Ihren Appell an

die deutsche Gewerkschaft der Metallarbeiter abgedruckt finden. Ich möchte wissen, ob es Ihnen möglich ist, uns, so lange der Kampf dauert, einen Bericht über die Lage für die „Metallarbeiter-Zeitung“ zu senden. Das würde uns sehr nützlich sein, da die deutschen Metallarbeiter auf diese Weise authentisch aus erster Hand ohne Verzug über den Achtstundentag informiert blieben. Indirekt würde es England auch nützen. Der Deutsche Metallarbeiter-Verein hat Zweigvereine in über 400 deutschen Städten und ungefähr 80 000 Mitglieder. Schließlich kann ich Sie versichern, daß der Kampf unserer englischen Kollegen um den Achtstundentag nicht nur unsere größte Sympathie besitzt, sondern auch die anderer deutscher Gewerksvereine. Zudem ich Ihnen allen Erfolg in Ihrem heldenhafte Unternehmen wünsche, verbleibe ich Ihr u. s. w. Johann Scherrn.

Der beschränkte Telegraphistenstreik im General-Postamt zu London wird nicht zum Ausbruch kommen, da die Forderungen derselben bewilligt wurden.

Soziales.

Der Bund deutscher Friseur- und Perrückenmacher-Innungen sprach sich auf seiner in Dessau abgehaltenen Bundesversammlung für „Schluß der Geschäfte bei Entlassung des Personals an Sonn- und Festtagen“ aus. Dagegen will der Bund nichts wissen von dem Achtstundentag, damit die Gehilfen der anderen offenen Verkaufsgeschäfte noch Gelegenheit fänden, die Friseurgeschäfte zu besuchen.

Zu der Versammlung des Gewerksvereins der christlichen Vergarbeiter, welche am Sonntag in Essen a. d. Ruhr stattfand und sich mit der Maßregelung von drei Ausschußmitgliedern beschäftigte, rieth der Vorsitzende des Gewerksvereins, Bergmann Brüst, von einem Ausstand abzusehen, so lange der Verband nicht auch auf den übrigen Forderungen genähert gefestigt sei. Man beschloß, den entlassenen Kameraden ein auskömmliches Unterhalt zu sichern, bis denselben Gelegenheit geboten sei, andere Arbeit zu finden. Die Versammlung nahm einen ruhigen Verlauf. Die Verwaltung der Zeche Osterfeld war bereit, die entlassenen Ausschußmitglieder auf einer andern Grube zu beschäftigen, falls sie aus dem christlichen Gewerksverein austräten, eine ihr bisheriges Verhalten mißbilligende Erklärung abzugeben u. s. w. Die Vergarbeiter haben dieses Ansuchen zurückgewiesen, da sie dadurch auf jede Koalitionsfreiheit verzichten müßten.

Die „nationale Arbeit“ ist bedroht — von den amerikanischen Fahrträdern nämlich. Wie das „Hamb. Echo“ erzählt, will ein Hamburger Verkaufshaus in nächster Zeit billige Fahrträder in den Handel bringen, die es in Amerika angekauft hat. Darob großes Geschrei bei den Händlern, die es bisher gewohnt waren, 100 Mark und darüber an einem Rade zu verdienen. Diese den hiesigen Fahrträdern drohende Konkurrenz wird jedenfalls den heilsamen Einfluß ausüben, daß sie ihrerseits mit den Preisen, die in gar keinem Verhältnis mit dem Effectivwerthe der Fahrträder stehen, bedeutend heruntergehen müssen. Die Widersinnigkeit der kapitalistischen Produktions- und Distributionsweise kann nicht besser gekennzeichnet werden, als durch dieses Beispiel. Es werden jetzt schon Stimmen laut, welche unter der Devise: „Schutz der nationalen Arbeit!“ hohe Eingangszölle auf amerikanische Fahrträder verlangen.

Gewerbegerichte in Belgien 1896. Das belgische Arbeitsamt veröffentlicht nachstehende Daten über die Thätigkeit der Prud'hommes im Jahre 1896. Den vorbandenen 27 Gewerbegerichten wurden 7824 Streitfälle vorgelegt (gegenüber 7158 im Vorjahre); hiervon wurden 5797 oder 75 pCt. durch Ausgleich beigelegt, 608 oder 11 pCt. wurden durch Urtheil erledigt und 1118 Streitfälle wurden von den Parteien fallen gelassen.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Kattowik, 20. Juli. (W. Z. V.) Wie nunmehr festgestellt ist, wurden durch den Einsturz des Schornsteins auf der neuen Zinkhütte in Koblenz zwei jugendliche Arbeiter getödtet und zwei Arbeiter schwer verletzt, von denen sich einer in Lebensgefahr befindet; vier Arbeiter wurden leicht verletzt.

Paris, 20. Juli. (W. Z. V.) Der Brief, den Cornelius Herz an die Panama-Kommission gerichtet hat und in welchem er neue Bedingungen stellt, unter denen er die Kommission empfangen will, hat in den Wandelgängen des Palais Bourbon große Aufregung hervorgerufen. Der Brief bedeutet für die Kommission einen unangenehmen Zwischenfall, da bereits mehrere Mitglieder derselben mit dem Präsidenten Vallö an der Spitze nach London abgereist waren; auch hatte die Qualität der Kammer schon in einem Hotel in London 28 Zimmer bestellt. Unter den Deputirten, welche der Kommission nicht angehören, herrscht allgemeine Heiterkeit.

Paris, 20. Juli. (W. Z. V.) Die Panama-Kommission hat beschlossen, die Reise nach Bournemouth aufzugeben, da der Brief Cornelius Herz beweise, daß Herz sich der Erfüllung seines Versprechens zu entziehen suche und seine Aussagen von einer Verbindung abhängig mache, die unmöglich ernst genommen werden könne.

Mailand, 20. Juli. (W. Z. V.) Der „Secolo“ erzählt aus Konstantinopel: Edhem Pascha erhielt aus Saloniki eine Postkarte mit nach Demolos geschickt, die eine Höllenmaschine enthielt. Dem Adjutanten, der damit beauftragt war, die Schachtel zu öffnen, wurde durch die Explosion ein Arm zerschmettert.

Barcelona, 20. Juli. (W. Z. V.) Die Arbeiter-Unruhen dauerten gestern fort. Zwei Höllenmaschinen wurden in der Nähe der Gendarmenstation entzündet. 14 Individuen sind verhaftet worden.

Osaka, 20. Juli. (W. Z. V.) Dem Vernehmen nach ist heute das Ministerium von Pierson wie folgt gebildet worden: Pierson Finanzen, der Gesandte in London Baron von Goltstein Aeußeres, Koelz Inneres, Professor Brander Justiz, Vize-Admiral MacLeod Marine, Oberst van Dam van Iffelt Krieg, der Abgeordnete Greiner Kolonien und der frühere Minister Belg Waterstraat Handel und Jubulstrie.

Veteroburg, 20. Juli. (W. Z. V.) Ähnlich wird veröffentlicht: Der Gesandte in Stockholm Sinowjew ist zum Botschafter in Konstantinopel ernannt, der bisherige Botschafter in Konstantinopel Redlow zum Botschafter am Cancellar, der Gesandte in Teheran von Böhlow zum Gesandten in Stockholm, der Vizedirektor des asiatischen Departements Subastow zum Gesandten in Seltinje, und der dortige bisherige Ministerresident Argyropulo zum Gesandten in Teheran.

Budapest, 20. Juli. (W. Z. V.) Zwischen der Regierung und der Opposition sind Verhandlungen angebahnt wegen eines zu erzielenden Kompromisses.

London, 20. Juli. (W. Z. V.) Einer offiziellen Statistik zufolge entziehen 250 Arbeiter ihre Arbeiter, und zwar 41 in London, 35 in Manchester, 10 in Hull, 40 in Leeds, 50 in Liverpool, 30 auf Clyde und 44 in den nordöstlichen Bezirken.

London, 20. Juli. (W. Z. V.) Am nächsten Dienstag wird die Interpellation Labouchere über die mangelhafte Wirksamkeit der südafrikanischen Untersuchungskommission eingebracht werden. Die Regierung hat sich bereit erklärt, die Interpellation im Unterhause zu beantworten.

Konstantinopel, 20. Juli. (W. Z. V.) Heute soll die letzte Konferenz der Botschafter und der türkischen Delegirten stattfinden. Die Garantie der Großmächte für die Kriegsschadigung wurde zugestanden, die Grenzregulirungsfrage geordnet, und die Kapitulationsfrage wird zwischen der Türkei und Griechenland direkt geregelt werden. Man glaubt allgemein, daß heute der definitive Friedensschluß erfolgt.

Zabnan (Britisch Nord-Torneo), 20. Juli. (W. Z. V.) Die nach Gana entsandte britische Expedition ist hierher zurückgekehrt, nachdem sie den von den Ausständischen gefangen gehaltenen Schatzmeister Neubronner befreit hatte; die Ausständischen waren mit ihrem Raub geflohen, noch ehe ihre besetzte Stellung angegriffen wurde.

an Sonnabenden und Sonntagen bei verschiedenen Meistern, unter anderem auch in Spandau. Was er aber so verdiente, ging alles für Schnaps drauf. Die Mißhandlungen von Frau und Kindern wurden immer ärger und wiederholten sich schließlich jeden Tag. Nur die älteste Tochter war davon ausgenommen, um so mehr hatte er dafür die beiden jüngsten, von denen er ganz ohne Grund behauptete, daß sie nicht seine eigenen Kinder seien. Es ging so weit, daß ein Hauswirth in der Kagbachstraße, bei dem er im Keller wohnte, ihn wegen der Mißhandlungen und des Lärmes, den er dabei fortgesetzt machte, schon nach einem Monat aus der Wohnung verwies. Dann zog er nach der Kulmbachstraße 13 und von hier am 1. April d. J. nach der Schwerdtstr. 6, wo er Stube und Küche auf dem Hofe bewohnte. In der Culmbachstraße war es nicht besser gegangen wie vorher. Im Oktober wurde es so schlimm, daß die Hausgenossen sich ins Mittel legten und mit der Frau zur Polizei gingen. Diese veranlaßte dann, daß Fischer in die Maison de santé zu Schöneberg gebracht wurde, in der er vom 9. Oktober bis zum Ausgang November blieb. Nicht Tage nach Pfingsten bekam er solche Wuthanfälle, daß man ihn in die Charité brachte, wo er zehn Tage an epileptischen Krämpfen behandelt wurde. In der neuen Wohnung setzte Fischer das alte Treiben fort. Wiederholt drohte er, seine Frau und die beiden jüngsten Kinder umbringen zu wollen. Vor drei Wochen war er die Frau die Treppe hinunter und rief ihr den Wunsch nach, daß sie sich das Genick brechen möge. Selbst dann verschonte er sie nicht, wenn sie in geeigneten Umständen war, und oft empfing er sie, wenn sie von schwerer Arbeit abends heimkehrte, mit den gemeinsten Beschimpfungen und Beschimpfungen. Die beiden jüngsten Kinder nahmen vorfichtshalber Hausgenossen in der Regel die Nacht über zu sich. In der letzten Nacht aber war das zufällig nicht geschehen und das wurde für die kleine Margarethe verhängnisvoll. Um 12 1/2 Uhr nachts kam Fischer nach Hause, angetrunken wie gewöhnlich. Obwohl er einen Schlüssel zur Wohnung bei sich hatte, so verlangte er doch vollends und lärmend, daß seine Frau aufstehe und ihm öffne. Wüthig folgte die Kernte, aber damit war nichts gebessert. Fischer hatte kaum die Küche betreten, da packte er auch schon seine Frau und riß sie an den Haaren hin und her. Der Frau befohl er, ihm die Pantoffeln zu holen, und sie holte sie sofort. Statt zu besänftigen, schien das seine Wuth nur noch zu steigern. Die Stiefel wollte er zum Fenster hinanswerfen und nur mit Mühe hielt ihn die Frau davon ab. Dann richtete sich die Wuth wieder gegen die Frau, und als er ihr allen Ernstes drohte, ihr das Genick zu brechen, da floh die Geängstigte, um bei Fieruckbarn Unterkommen und Schutz zu suchen. Nun konnte die Wuth des Mannes keine Grenzen mehr. Er lief an das Bettchen des jüngsten Kindes, riß die Kleine heraus, schleppte sie von der Stube in die Küche und warf sie mit solcher Gewalt zum Fenster hinaus, daß sie gegen die gegenüberliegende Wand des Hofes flog. In einer unheimlichen Wasse zerquetscht fiel dann die Kleine auf das Pflaster hinab; das Leben war wohl schon nach dem Anprall an die Wand dem zerstückelten Körper entschwunden. Schon hatte der Wüthrich auch das zweitälteste Kind gepackt, um es das Schicksal des ersten theilen zu lassen. Sein Armes hatte aber die Hausbewohner geweckt. Als sie dann auch von der Frau noch hörten, daß es wieder schlimm hergehe, eilten zahlreiche Männer aus dem Hause zur Wohnung Fischer's hinaus. Nichts Gutes ahnend trat der Tischler Krause kurz entschlossen die Thür ein und kam so noch gerade rechtzeitig, um das zweite Kind zu retten. Während er Fischer das Mädchen entriß, packten die anderen Männer den Wüthrich, um ihn unschädlich zu machen. Fischer zog sein Handwerkzeug aus der Tasche und setzte sich mit dem Rasirmesser zur Wehr. Die beherzten Männer aber ließen sich nicht abschrecken, sondern griffen zu und überwältigten ihn. Inzwischen hatte man gesehen, was mit dem kleinsten Kinde geschehen war. Weinend und jammend lief die Mutter auf den Hof hinab, raffte den Liebling aus der Blutlache auf und trug ihn zur Unfallstation VII in der Yorckstraße, immer noch hoffend, daß die Ärzte ihm das Leben würden wiedergeben können, obwohl sie nur eine formlose Masse auf den Armen trug. Trostlos lehnte sie bald zurück. Den Mörder hatten die Hausgenossen an die Leiche seines Opfers hinter geschleppt. Hier lynchten sie ihn, daß das Blut floss, und brachten ihn dann auf die Revierwache An der Apostelkirche, wo er blutüberströmt ankam. Frech und ohne eine Spur von Reue äußerte er hier während der Vernehmung: „So, die bin ich los, die anderen kommen nach“. Heute Vormittag führte man ihn der Kriminalpolizei zu, die Leiche des Kindes wurde heute Morgen mit dem polizeilichen Wagen nach dem Schauhause abgeholt.

Einen unerschütterlichen Pflücker entwickelte der Buchhalter Giese, welcher in einem hiesigen Bierverlag in der Greifswalderstraße angestellt ist. G. hatte am Montag an Stelle eines erkrankten Bierfahrers es übernommen, Kundenschaft zu besuchen und passierte am frühen Nachmittag die Straße Unter den Linden. Als der Buchhalter einem vor ihm befindlichen Fuhrwerke ausweichen wollte und sein Gesicht hierbei etwas schlenkerte, schätzte G. vom Wagen und zwar so unglücklich, daß die Räder über seine Beine hinweg gingen. Den Aufforderungen des sich schnell ansammelnden Publikums, ein Krankenhaus aufzusuchen, leistete jedoch der Verunglückte nicht Folge. Er nahm vielmehr wieder auf seinem Sitze Platz, um das Geschäft weiter zu erledigen, und kehrte gegen Abend nach Hause zurück. Inzwischen waren die Beine des G. stark geschwollen, so daß der Verletzte den Wagen nicht mehr verlassen konnte. Ein nummehr hinzugezogener Arzt konstatierte, daß wohl die Knochen der Beine nicht gebrochen, so doch stark beschädigt waren. Dadurch, daß der Buchhalter ärztliche Hilfe zu spät in Anspruch nahm, ist der Zustand desselben ein ziemlich bedenklicher.

Eine unangenehme Störung erhielt das Sommerfest, welches der Verein „Freie Volkshäuser“ am Sonntag im Stablimment Schloss Weihensee abhielt. In den Theilnehmern des Vergnügens gehörte auch ein Kaufmann G., welcher des Guten etwas zu viel gethan hatte und infolge dessen von seiner Frau Vorwürfe erhielt. Der Angetrunkene wurde hierdurch in einen so erregten Zustand veretzt, daß er schleunigst dem am Park anstehenden See zulief und sich ins Wasser stürzte. Biewohl Hilfe sofort zur Stelle war, gelang es doch erst nach längeren Bemühen, den Lebensmüden in besinnungslosen Zustände den Wellen zu entreißen. Einem hinzugerufenen Arzt gelang es zwar, den Bewußtlosen ins Leben zurückzurufen, doch mußte G. nach einem Berliner Krankenhaus überführt werden.

Professor L. Goldschmidt, der bekannte Handelsrechtslehrer an der Berliner Universität, ist in Wilhelmshöhe im Alter von 69 Jahren gestorben. Er galt als eine Autorität auf dem Gebiete des Handelsrechts und gehörte im Jahre 1875-77 dem Reichstag als Mitglied an.

Die Ortskrankenkasse für Handlungsgesellen und Lehrlinge zu Berlin soll bekanntlich auf Verfügung des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg geschlossen werden. Da diese einschneidende Maßregel ganz unerwartet gekommen, hatten sich die Betheiligten an den Oberpräsidenten mit der Bitte gewendet, ihnen zur Abwicklung der Geschäfte noch einige Monate Zeit lassen zu wollen. Wie wir hören, hat der Oberpräsident dieser Bitte entsprochen und eine ausgiebige Frist zur Abwicklung der Geschäfte gewährt. Danach soll die Schließung der Ortskrankenkasse erst mit dem 1. Januar 1898 erfolgen.

Weim Baden ist der 18jährige Kellnerlehrling Plücker erkrankt. Der Verunglückte, der zur Aushilfe in dem Schwedischen Pavillon am Wannsee in Dienst treten sollte, nahm vor Eintritt des Dienstes ein Bad in dem See und wurde hierbei plötzlich von einem Schlaganfall betroffen. Wahrscheinlich war er zu erregt ins Wasser gegangen. Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos.

Auf dem Lehrter Bahnhofe erschöpfte sich in der vergangenen Nacht ein Mann von etwa 40 Jahren, der eine von der Hamburger Polizei aufgestellte Gewerbelegitimation auf den Namen des Handlungsfreisenden Karl Friedrich August Gerboth von der Firma August C. Schulz, Handlung in Thüringern und Linkefeldern zu

Harburg a. S., bei sich führte und wohl mit diesem Gerboth identisch ist.

Mehrere Arbeiter der hiesigen Gasaufkalt in der Müllerstraße theilen uns berichtend mit, daß dem Arbeiter Ernst Nicht die Entlassung wegen eines Verlebens nicht angedroht wurde. Nicht hat vielmehr selbst die Arbeit verlassen resp. ist dahin nicht wieder zurückgekehrt, weil er mit seinen Kollegen wegen eines Vorkommnisses in Differenzen gerathen war. Im übrigen ist der angeklagte Vermissen bereits wieder zu seiner Familie zurückgekehrt.

Mit einer Arznei vergiftete sich der 47 Jahre alte Schuhmachermeister Karl Tanz vom Mariannenplatz 18. Gegen die Nierenwasserkracht, an der er seit sieben Jahren litt, hatte ihm ein Arzt Strophantin verordnet. Davon sollte er jedesmal 8 Tropfen nehmen, als er aber einmal heftige Schmerzen hatte, nahm er in einem unbewachten Augenblicke die Flasche, die vor ihm auf dem Tische stand, und trank sie ganz aus. Die Leiche sollte am Sonntag von dem Krankenhaus aus, in dem Tanz gestorben ist, beerdigt werden; die Staatsanwaltschaft hat sie jedoch beschlagnahmt und die Beerdigung vorläufig unterlag.

Wegen andauernder Krankheit hat sich die 58 Jahre alte Wittve des vor 7 Jahren gestorbenen Cigarrenhändlers Jungheim, Theresie geb. Wilde, aus der Adalbertstr. 81 am Montag das Leben genommen.

Von einem größeren Feuer ist gestern Dienstag Vormittag das Lager der G.-F. und Fleischwaren-Handlung und Seilerwarenfabrik G. H. W. Berg auf dem Grundstück Schillingstraße 29 heimgesucht worden. Es brannte im dritten Stock und im Dachstuhl. Brandmeister Leubner ließ den 1. und den 7. Zug, die zunächst ausgerückt waren, sofort mit zwei Dampf- und zwei Handdruckspritzen von der Magazin- und der Schillingstraße her angreifen. Das Feuer blieb auf seinen Heerd beschränkt, um 11 Uhr war die Wehr seiner Herr geworden und um 12 Uhr konnte sie mit den Räumungsarbeiten beginnen, die voraussichtlich bis morgen früh dauern werden. Um 1 Uhr mußte aus drei Hydrantenschläuchen noch Wasser auf die von der Feuerwehre hinterverworfenen Haumassen gegeben werden. Der dritte Stock und der Dachstuhl des Gebäudes, das hinter dem zweiten Hofe an der Magazinstraßenseite liegt, sind vollständig ausgebrannt. Das Feuer hat einen Schaden von etwa 55 000 M. angerichtet; durch Wasser sind außerdem noch 500 Zentner Hafer, 100 Zentner Weizen und 50 Zentner Stroh beschädigt worden. Die Wehr nimmt an, daß das Feuer schon länger gebrannt habe, bevor man sie rief. Auf demselben Grundstück hat vor mehreren Jahren einmal ein verheerendes Feuer einen großen nach der Kaiserstraße zu gelegenen Speicher vernichtet.

Gestohlene Sachen. Das kgl. Polizeipräsidium theilt mit: Bei einer Einbrecherbande sind folgende Gegenstände gefunden worden: Ein glattes goldenes Kreuz mit der Nummer 360. Ein Nadelmesser bestehend aus: Kanne, Schenkeltopf und Zuckerbehälter. Ein Eisenservis aus weißem Metall, sechs Bierbecher, 6 Teller, zwei Pfeffer- und Salznapfe von Glas. Ein großer Guckkasten mit zwei vierreihigen Bahnen. Ein vernickelter Sicherheitsbeschlag für Thüren. Eine kurze Jagdpeise mit Holzkopf. Ein Jagdmesser mit Dirschhornschafe, zwei Klagen und Säge, am Ring zu tragen, aus der großen Klinge steht „Waidmannsheil, D. R. P. 54486“. Eine Herren-Ghatalailette aus silbernen Zwangsfingerringen, davon ein Krönungsthaler und ein kleines silbernes Herz. Eine silberne Münze mit erhabenem Bildniß Friedrich des Großen. Ein großer Pösten Wäschekorb von verschiedenen Farben. Eigenthümer können sich im Polizeipräsidium, Zimmer 87 partiere, in den Vormittagsstunden von 9-12 Uhr melden.

Unfälle im Straßenverkehr. Auf dem Potsdamer Plage von einer Equipage überfahren wurde gestern, Dienstag, nachmittags der Geheime Oberbaurath Franz aus der Bischofstr. 107. Der Verunglückte wurde an der linken Kopfseite so erheblich verletzt, daß man ihn in ein Krankenhaus bringen mußte. — Dienstag nachmittags wurde in der Thurmstraße die 5jährige Annalie Böwe aus der Wilhelmshäuserstraße 13 von einem Mörtelwagen überfahren, dem Kinde wurde ein Bein zerquetscht und es mußte nach dem hiesigen Krankenhaus Noabit gebracht werden. — Von einem Kradfahrer wurde vorgestern Abend der siebenjährige Sohn Georg des Arbeiters Groll aus der Naunynstraße 7 überfahren. Der Kleine saß, mit einem Drachen spielend, an der Ecke der Naunyn- und der Adalbertstraße auf der Bordsteinschwelle, als ein Kradfahrer ihn umstieß und ihm über beide Beine hinwegfuhr. Das rechte Bein war gebrochen. Der Verletzte wurde nach dem Krankenhaus am Urban gebracht, der Kradfahrer, der vorwärtswidrig auf der linken Straßenseite fuhr, von der Polizei festgesetzt.

Aus den Nachbarorten.

Zur Stadtverordneten-Wahl in Köpenick. In einem in Köpenick erscheinenden Amtsblättchen finden wir folgende Mittheilung:

Eine große Anzahl hiesiger Einwohner ist in der Liste der stimmfähigen Bürger gestrichen worden, da bei denselben z. B. die Erfordernisse, welche zur Erlangung des Bürgerrechts vorgeschrieben sind (z. B. Einkommen über 600 M.), nicht mehr zutreffen. Der § 7 der Städte-Ordnung vom 30. Mai 1888 bestimmt nämlich im Absatz 4: Das Bürgerrecht geht verloren, sobald einer der zur Erlangung desselben vorgeschriebenen Erfordernisse bei den bis dahin Berechtigten nicht mehr zutrifft. — Man sieht daraus wieder einmal, wie phantastisch auch unsere Gemeindevertrags-Verhältnisse sind. Die auf unter 600 M. Einkommen Gesunkenen erhalten nicht einmal das gezahlte Geld für das Bürgerrecht zurück. Wahrscheinlich hofft man durch diese strenge Maßnahmen auch die Wohl sozialdemokratischer Vertreter zu erschweren. Die Genossen müssen deshalb um so eifriger die Agitation bei der Wahl betreiben.

Weim Van des Rathshausthurms in Steglitz führte am Montag der Zimmerer Wilhelm Müller aus Groß-Lichterfelde auf die ein Stockwerk tiefere Mischung herunter. Mit schweren Verletzungen wurde der Verunglückte in das Krankenhaus in Briß überführt.

Für die „Kadettenschule“, welche die Heilsarmee in Schöneberg errichten will, ist dort in der Bahstr. 18, unmittelbar neben dem Kinderheim, ein mit der Rückseite an die Potsdamer Bahn anstoßendes großes Gartenterrain auf 3 Jahre gemiethet worden, zu welchem an der Bahnhofsstraße bereits ein großes hölzernes Portal errichtet wird. In der Kadettenschule werden 35 ausgeübte tüchtige Kräfte der Heilsarmee wirken, die aus aller Herren Länder stammen und allen wöchentlichen Vorklassen angehören, namentlich aber viele — Seelen unter sich zählen.

Herr Neumann, Restaurateur in Schöneberg, Goltzstr. 9/10, berichtet uns, daß die in der gestrigen Nummer erwähnte Schlägerei nicht in seinem Lokal stattfand, sondern auf der Straße vor seinem Lokal. Die Gäste halten hierzu keine Beziehung.

Soziale Rechtspflege.

Vertragshausel auf „jederzeitige“ Entlassung. Der Droschkentischer R. rechnete in der letzten Zeit seines Arbeitsverhältnisses bei dem Fuhrherrn Kurth mit diesem gewöhnlich des Morgens ab, wenn er seinen „Dienst“ wieder antrat. Am 5. Juni früh wurde er nach der Abrechnung der Einnahmen vom vorigen Tage entlassen. Kurth zahlte ihm indeß für den 5. Juni den vereinbarten festen Lohnsatz von 1,50 M. aus. Der Kauscher meinte aber, auch den üblichen Prozentsatz von der Tageseinnahme verlangen zu können, und beanspruchte deshalb im Klagewege noch 2 M. Er glaubte, daß er soviel am 5. Juni mindestens noch verdient hätte, wenn er nicht entlassen worden wäre. Daß die Kündigung ausgesprochen worden sei, erkannte er an, und er begründete seinen Anspruch damit, daß die Entlassung am Abend vorher nach der Beendigung des Dienstes hätte erfolgen

müssen. Die Parteien einigten sich, dem Rathe des Gewerbegerichts, Kammer VII, folgend, auf 1 Mark, worauf der Vorsitzende Dr. Meier als Ansicht des Gerichtshofes folgendes Kundgab: Nach dem Revers, den Kläger unterschrieben habe, könne er „jederzeit“ entlassen werden. Dieser Wortlaut berechtigte den Beklagten formell, R. an jenem Morgen nach der Abrechnung zu entlassen, zumal in letzter Zeit des Morgens immer abgerechnet worden sei. Etwas anderes sei es jedoch, ob ein solches Verhalten anständig sei.

Gerichts-Beilage.

Der Mechaniker Koschmann will sich bei dem verurtheilenden Erkenntnis des Schwurgerichts noch nicht beruhigen. Nachdem das Reichsgericht kürzlich die eingelegte Revision verworfen hat, hat Koschmann jetzt an seinen Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Schöps geschrieben und ihn um einen Besuch gebeten. Er giebt an, dem Verteidiger noch eine Anzahl neuer Thatsachen unterbreiten zu wollen, auf Grund deren der Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens sich begründen lasse.

Amerikanisches Fleisch. Wegen Vergehens gegen das Nahrungsmittel-Gesetz war der Handelsmann Franz Kiedewitz aus Berlin mit seiner Ehefrau angeklagt. Wie die Verhandlung ergab, betreibt Frau Kiedewitz einen Grüntraumhandel und besieht die Märkte. Mitte Januar kaufte sie auf vielen Bureben eines Verkaufsvermittlers von diesem einen Posten geräucherter Schweinefleisch und zahlte für den Zentner 40 M. Dieses Fleisch bot sie am 16. Januar auf dem Wochenmarke auf dem Winterfeldt-Platze in Schöneberg feil und verkaufte das Pfund mit 45-50 Pfennigen. Der Posten Fleisch bestand aus etwa 50 Stücken, die schon beim Einschneiden zurecht geschnitten worden waren. Die Waare, die nur in ganzen Stücken abgegeben wurde, fand harten Abgang. Schlämmere Erfahrungen hat die Frau Portier Schulze mit ihrem Einkauf machen müssen. Dieselbe hatte ein Stück von 3 1/2 Pfund gekauft. Deren Ehemann und Tochter aßen am Sonnabend Abend von dem rohen Fleische, ohne etwas Auffälliges daran zu bemerken. Am Sonntag schmitt Frau Schulze ein Stück ab und brachte dasselbe in die Pfanne. Mittags aßen vier Personen davon, die Eheleute, die Tochter und ein zu Besuch gekommenes Fräulein. Letzteres und die Frau Schulze haben von dem Genuß keinerlei üble Folgen verspürt, der Ehemann und die Tochter begannen gegen Abend über Appetitlosigkeit zu klagen und mußten einen Arzt in Anspruch nehmen. Frau Schulze hat dann den Rest des rohen Fleisches zur Polizei und auf deren Anordnung nach der Markthalle in der Lindenstraße gebracht, wo Polizei-Thierarzt Dohrmeyer das Fleisch untersuchte und feststellte, daß dasselbe durch seine braungraue und gelbe Farbe und noch mehr dadurch auffiel, daß dasselbe mit einer Schicht schmieriger Masse überzogen war. Daß das Fleisch verdorben war, sei auf den ersten Blick erkennbar gewesen. Das war aber am Dienstag. Wie das Fleisch am Sonnabend zur Zeit des Verkaufes ausgesehen habe, lasse sich nicht sagen. Es handelte sich hier um amerikanisches Fleisch, das drüben bereits gepökelt und geräuchert wird. Hier wird dasselbe von Kommissionären in großen Mengen auf den Markt geworfen und an Händler zu jedem Preise verkauft, oft schon mit 30-35 Pfennig pro Pfund, während der Marktpreis 70-80 Pfennig sei. Das Fleisch kommt meist in gefrorenem Zustande hierher, es kommt anscheinend gut an, sobald das Fleisch aber aufthaut, könne der Gährungsprozess sehr leicht um sich greifen. Es könne auch nicht gesagt werden, daß alles Fleisch schlecht war, daß Fleisch komme in Stücken an, die in der Mehrzahl gut sein können, während einzelne doch verdorben sind. Der Thierarzt Henze, welchem die Beaufsichtigung des Marktes in Schöneberg obliegt, bestätigt den Angeklagten, daß ihn Redwich am nächsten Markttage, nachdem er von Frau Peter das Fleisch zurückgehalten hatte, an seinen Wagen gerufen und ihn gebeten habe, das noch unverkaufte, sowie das von der Frau Peter gelöchte Fleisch zu prüfen, ob dasselbe gut oder verdorben sei. Er habe das Fleisch untersucht, dasselbe für völlig einwandfrei befunden und erklärt, daß Fleisch könne ruhig weiter verkauft werden. Dr. Sieghart, der den Ehemann Schulze behandelte, hat aus den ihm mitgetheilten Erscheinungen der Krankheit auf Fleischvergiftung geschlossen, doch erklärt derselbe auf Befragen des Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Garh, die Möglichkeit nicht für ausgeschlossen, daß die Vergiftungsercheinungen auch von dem Rothlohl herrühren könnten, der zum Fleisch genossen worden, falls derselbe in einem schlecht verzinnten Topfe gelocht worden sei. Nach den übereinstimmenden Gutachten des praktischen Arztes und der beiden Thierärzte verordnete der Staatsanwalt nicht die Anklage wegen wissenschaftlichen Vergehens aufrecht zu erhalten, sein Antrag beschränkte sich auf 10 Mark Geldstrafe aus dem Gesichtspunkte der Fahrlässigkeit, der Gerichtshof erkannte jedoch auf gänzliche Freisprechung, bezüglich des Ehemannes, weil dieser nicht der Verkäufer war, bezüglich der Ehefrau, weil diese weder wissen mußte noch erkennen konnte, daß das verkaufte Fleisch verdorben war und dieser Zustand erst bei der Zubereitung bemerkbar wurde.

Ein völlig verwaarloster Knabe, der Schüler Paul N. u. a. n. a. d., stand gestern unter der Anklage des Diebstahls in drei Fällen vor der 146. Abtheilung des Schöffengerichts. Der selben strafmündige Bursche ist von so kleiner Figur, daß er kaum über die Einfrühdigung des Anklagerammes blicken konnte. Er schien sich kaum bewußt zu sein, daß er etwas Unrechtes gethan, treuherzig blickten seine Augen aus dem von Luft und Sonne gedrückten Gesicht um den Richter. Derselbe fragte ihn, ob er keinen Vater habe, der sich um seine Erziehung bekümmere. „Ja, manchmal haut er mir, wenn ich keinen Schnaps holen will.“ — Und Deine Mutter? — Die geht auch auf Arbeit. — Weißt Du denn nicht, daß man nicht stehlen darf, daß der Dieb ins Gefängnis kommt? Der Knabe nickte. Aus der Verhandlung ging hervor, daß der Angeklagte besonders den Droschkentischern gefährlich war. Er umstieß die Wagen, die an den Haltestellen von ihren Führern auf kurze Zeit verlassen worden waren und bemachte den geeigneten Augenblick, auf daß Plad zu springen, die Peitsche zu ergreifen und damit davon zu laufen. Er muß ordentliche Streifzüge unternommen haben, denn einer der Kauscher war am Hald'schen Thor, ein weiterer in der Karlstraße und ein dritter in Noabit bestohlen worden. Wie der Angeklagte angab, hat er die Peitschen, die durchschnittlich einen Wert von 2 bis 3 Mark hatten, für je 50 Pf. an Müllkäufer verkauft. Der Gerichtshof hielt es nicht für angezeigt, den jugendlichen Lenzgenüß ins Gefängnis zu schicken, er erhielt nur einen Verweis, soll dagegen einer Zwangs-Erziehungsanstalt überwiesen werden.

Wegen Verletzung n. f. w. im Sinne des § 153 der Reichs-Gewerbe-Ordnung — wie wir seinerzeit berichteten — der Maurer Wilhelm Wendorff vom hiesigen Schöffengerichte I zu 1 Monat Gefängnis verurtheilt worden. Da Wendorff Verurteilung einlegte, hatte sich am Montag die 3. Ferien-Strassammer des Landgerichts I mit der Angelegenheit zu beschäftigen. Wie erinnerlich, war auf dem Neubau Friedrichstr. 12 infolge von Lohn-differenzen am 28. April d. J. ein Streik ausgebrochen. Am folgenden Tage fing der Maurer Stuh auf dem Neubau zu arbeiten an, mit ihm zugleich 24 andere. Die Streikenden forderten nun am Mittag desselben Tages, er solle zu arbeiten aufhören. Da er das nicht wollte, kam es zu einem aufgeregten Aufsteite; einer der Streikenden drang mit einer Wasserwaage auf Stuh ein, dieser ergriff eine leere Bierflasche und warf sie blindlings in die angeregte Menge. Einem Vorgehen folgten andere und es entstand das schönste Flaschenbombardement. Dabei sollen auch schreckliche Worte gefallen sein. Als Hauptthäter halte Stuh bei seiner polizeilichen Vernehmung den Angeklagten hingestellt; bei seiner eidlichen Vernehmung vor dem Schöffengericht ebenf. wie nunmehr vor der Strafkammer konnte er jedoch seine damaligen Behauptungen nicht mehr aufrecht erhalten und keineswegs sagen, was Wendorff gesagt oder gethan habe. Die Ruhe an dem Mittagnaustritt wurde erst hergestellt, als Polizei herbeigeholt wurde. Eine Fortsetzung fand jedoch am Abend auf der Linden-

straft, als Stuh von der Arbeit nach Hause ging. Er wurde hier von dem Angeklagten und einigen anderen angehalten. Der Angeklagte soll auch noch gesagt haben: "Streikbrecher, Lump, Streich!" Als Stuh zu Boden fiel, sagte Anwalt der Angeklagten am Krug und sagte: "Das geht doch nicht; wenn sie arbeiten wollen, laßt sie arbeiten. Ich als Arbeitgeber nehme ihn in Schutz." Der Vorderrichter hatte eingesehen der Ansicht des damaligen Staatsanwalts-Vertreters, welcher für das Vorkommnis am Mittag freisprechend beantragt hatte, die Geschwisse am Mittag und Abend als eine Handlung angesehen. Das Berufungsgericht erkannte jedoch wegen des Mittagvorfalles auf Freisprechung und setzte demgemäß die Strafe auf drei Wochen Gefängnis herab.

Zwei Konkurrenten hatten sich gegenseitig durch Zeitungsannoncen bekümpft. Die Folge war eine gegenseitige Klage wegen Beleidigung. Der Kläger verband damit einen Schadensersatzanspruch wegen Kreditbeschädigung. Dieser Anspruch wurde in allen Instanzen und — nach der Juristischen Wochenschrift — auch vom Reichsgericht als ungerechtfertigt abgewiesen und zwar unter folgender Begründung: Derjenige, welcher wahre Thatsachen an die Öffentlichkeit bringt, die den Kredit eines anderen zu untergraben und ihn zu schädigen geeignet sind, ist zum Schadensersatz verpflichtet, wenn er dies unversehrt thut und ohne hierzu durch das Verhalten des anderen Theils herangeführt zu sein. Dem Beklagten seien jedoch in einem von dem Kläger veröffentlichten Inserat mit der Ueberschrift: "Wehe dem, der lügt" sehr schwere Vorwürfe gemacht. Angesichts derselben erscheint es nicht ungerechtfertigt, vielmehr als Wahrnehmung berechtigter Interessen, wenn der Beklagte seinerseits geschäftliche Blätter des Klägers rüchellos ausgedruckt habe. Es ist nur derjenige zum Schadensersatz verpflichtet, welcher einen anderen ohne Recht kränkt, also widerrechtlich handelt. Eine widerrechtliche Handlung liegt aber nicht vor, wenn jemand, der öffentlich durch die Zeitungen angegriffen wird, zu seiner Vertheidigung, also zur Wahrnehmung eines berechtigten Interesses, ebenfalls durch Zeitungen Thatsachen verbreitet, die wahr sind, wenn dieselben auch zugleich geeignet sind, den Gegner in der Achtung Anderer herabzusetzen und ihn zu schädigen. Dies ist auch anerkannt in dem Deutschen Strafgesetzbuch. Denn § 193 in Verbindung mit § 186 desselben bestimmt, daß Äußerungen, welche zur Wahrnehmung berechtigter Interessen gemacht werden, selbst wenn die Wahrheit der behaupteten Thatsachen nicht erwiesen wird, nur dann strafbar sind, wenn das Vorhandensein einer Beleidigung aus der Form der Äußerung oder aus den Umständen, unter welchen sie geschah, hervorgeht. Ist dies nicht der Fall, so fehlt eben bei einer zur Wahrnehmung berechtigter Interessen gemachten Äußerung das zur Strafbarkeit erforderliche Moment der Rechtswidrigkeit. Das neue Bürgerliche Gesetzbuch, welches im § 824 die Verpflichtung zum Schadensersatz bei Verbreitung unwahrer Thatsachen ausspricht, läßt denn auch diese Verpflichtung nicht eintreten, wenn der Verbreiter oder der Empfänger der Mittheilung an ihr ein berechtigtes Interesse hatte.

Versammlungen.

Sattler und Tapezierer. Am Sonnabend, den 17. Juli, fand an Englischen Garten eine Mitglieder-Versammlung der Filiale I statt, in welcher Genosse Ingenieur G r e m p e einen interessanten Vortrag über Sittlichkeit und Intelligenz der verschiedenen Völker hielt. An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen R o s e n t h a l und andere. Unter Gewerkschaftlichem wurden noch verschiedene interne Angelegenheiten erörtert.

Zu einer öffentlichen Maler-Versammlung, die am 19. Juli bei Gröndel in der Brunnenstraße tagte, wurde nach einem einleitenden Referat des Berufscollegen M a r t l ersichtlich über die gegenwärtige durchaus unhaltbare Lage im Malergewerbe diskutiert und zur Besserung derselben verschiedene Vorschläge gemacht. Die kräftigste Unterstützung fand der Vorschlag, eifrigste Agitation von Mund zu Mund zu betreiben, vor allen Dingen energische Werksattagitation und Organisation; für ebenso notwendig wurde erachtet, Fühlung zu suchen und Boden zu fassen in den großen Werkstätten, von deren Verhältnissen bisher außerst wenig bekannt sei. Im Hintergrund dieser notwendigen Vorbereitungen stehe dann eine Bewegung um Verklärung der Arbeitszeit. Jene, welche bindende Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Drei öffentliche Versammlungen der Zimmerer, die von der Lohnkommission zum Montag nach den verschiedenen Stadttheilen einberufen waren, hatten sich mit dem gegenwärtigen Stand der Lohnbewegung zu befassen. Allen Versammlungen lag folgende Resolution vor:

Die Zimmerer Berlins und der Umgegend vernurtheilen scharf das Verhalten der Minorität der Kameraden unserer Lohnbewegung gegenüber, da dadurch dieselbe nur unnütz in die Länge gezogen wird und unnützig Opfer gebracht werden müssen; die zu den neuen Bedingungen arbeitenden Zimmerer fordern deshalb alle diejenigen, welche noch in nicht unbewilligenden Löhngeschäften thätig sind, auf, die Arbeit niedergulegen und die Beschlüsse der Mehrheit der Berliner Zimmerer zu respektieren. In dem Vorgehen einzelner Unternehmer, den bewilligten Stundenlohn wieder rückgängig zu machen, erblicken die Anwesenden eine neue Provokation den Arbeiter gegenüber und verpflichten sich, sofort die Arbeit wieder einzustellen, wenn derartige Ansetzungen geschehen werden; im übrigen sind die Anwesenden mit dem bis jetzt erreichten Resultat zufrieden und halten es als selbstverständlich, so lange für diejenigen einzutreten, welche sich noch im offenen Kampf mit den Unternehmern befinden.

In F e g e ' s S a l o n , Brunnenstraße, referierte der Vertrauensmann der Berliner Zimmerer T h. F i c h e r. Nach den Ausführungen des Redners, der eingangs die jetzigen Zustände im allgemeinen beleuchtete, arbeiten die Mehrzahl der Berliner Zimmerer zu einem Stundenlohn von 60 Pf. Trotz der Bemühungen der Jüngung, durch den neugegründeten Arbeitsnachweis billige Arbeitskräfte zu beschaffen und des Versuchs, von auswärtigen Zimmerern heranzuziehen, war es fast überall dort gelungen, den Stundenlohn zu erringen, wo diese Forderung gestellt wurde. Die Berichte in den bürgerlichen Zeitungen, in welchen der Anschein erweckt wird, daß die Bewegung keine Erfolge zu verzeichnen hat, entsprechen keineswegs den Thatsachen. Bisher sind der Kommission 282 Unternehmer gemeldet, die bewilligt haben und bei denen mindestens 2800 Zimmerer zu den neuen Bedingungen arbeiten. Ginzukommen noch mehrere Plätze, wo die Forderung bewilligt ist, aber der Kommission noch keine Mittheilung gemacht wurde. Im weiteren kann konstatiert werden, daß allgemein durch diese Bewegung eine Lohnerhöhung erzielt worden ist. J. B. ist auf verschiedenen Plätzen, wo Klassenlöhne üblich sind und die nicht zu den bewilligenden gezählt werden, durch Anschlag in den letzten Tagen bekannt gegeben worden, daß ein entsprechender Lohnzuschlag stattfindet wird. Im Streit befinden sich gegenwärtig noch ca. 630 Zimmerer, deren Verhalten die Unternehmer wohl veranlassen dürfte, die Forderung in den nächsten Tagen gleichfalls zu bewilligen. Demnach kann die Situation als eine sehr günstige für die Arbeiter bezeichnet werden. Wenn auch einige Unternehmer die Forderung jetzt nicht bewilligen, so werden diese doch später, wenn die allgemeine Lohnbewegung beendet sein wird, durch Platzsperrung gezwungen werden, dieselbe anzuerkennen. Der Redner erwiderte sodann die einzelnen Punkte der Resolution und empfahl deren Annahme. In der hierauf folgenden Diskussion wurden die Zustände auf dem Arbeitsnachweis einer heftigen Kritik unterzogen und das Verhalten derjenigen Kameraden gerügt, die indifferent der Bewegung gegenüberstehen und dadurch den Kampf erschweren. Nachdem noch die Arbeitsverhältnisse von einzelnen Plätzen besprochen und aufgefordert worden war, energisch für die gänzliche Durchführung des festgesetzten Stundenlohnes einzutreten, wurde obige Resolution einstimmig angenommen.

Bei F o e l , Andreasstraße, behandelte W e b e r s den Stand der Lohnbewegung, dabei betonend, daß das bisher erzielte Resultat ein recht günstiges zu nennen sei. In der Diskussion wünscht R o p p , daß die Lohnkommission beauftragt werde, einen Lohnstarif anzuarbeiten, den jeder Zimmerer zugesichert erhalte. Eine dem

nächst stattfindende Versammlung soll sich eingehender mit dieser Angelegenheit befassen. Die Resolution gelangte auch hier einstimmig zur Annahme, worauf der Schluß der Versammlung mit einem Hoch auf die Arbeiterbewegung erfolgte.

In der Versammlung für den West- und Südberg und Charlottenburg, die im Königshof, Wiltonstraße, tagte, berichtete K u b e über die gegenwärtige Situation, wobei derselbe gleichfalls auf die bis jetzt erzielten Erfolge hinwies. In der Diskussion leitete R i c h e r t die Schreibweise der bürgerlichen Presse, insbesondere die des "Total-Anzeigers", über die Lohnbewegung der Zimmerer und behauptet, daß derartige Blätter, welche stets bemüht sind, die nach besseren Arbeitsbedingungen strebenden Arbeiter zu verdächtigen und unwahre Berichte zu verbreiten, in Arbeiterkreisen noch Rufung finden. An der weiteren Diskussion, in der das Verhalten der Polizei gegenüber den Streikenden, wie dies auch in den anderen Versammlungen gesehen ist, gerügt wurde, beteiligten sich: K n i p p e r , D e c h t , L i e b e r a u , S c h l e n d e r n und andere. Ein Antrag, den Beitrag zum Unterstützungsfonds auf 1,50 M. zu erhöhen, wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt. Die Resolution wurde einstimmig angenommen. Unter Verschiedenem wurden die Wünsche von verschiedenen Firmen besprochen. Den bei Feld u. Franke beschäftigten Zimmerern, denen wohl ein Stundenlohn von 60 Pf. zugesichert ist, die aber im Akkord arbeiten, wurde auf eine Anfrage hin anheingegen, für die Abschaffung der Akkordarbeit einzutreten.

Arbeiter-Bildungsschule. Die Bibliothek in der Nordstraße, Brunnenstr. 22, ist vom 1. Juli ab bis auf weiteres geschlossen; die noch ausstehenden Bücher sind umgehend Donnerstags abends 8 Uhr bis 10 Uhr zurückzubringen. Mittheilungsbücher werden an diesem Tage in der Nordstraße entgegengenommen, ebenso in folgenden Adressen: Gottfr. Schulz, Altonaerstr. 433; Reut. Garnierstr. 42; in folgenden Adressen: Gottfr. Schulz, Wollteichstr. 75; Poststraße, Wollteichstr. 125; D. König, Tiefenbühlstr. 30. Alle Buchbestellungen sind an den Buchhändler W. A. Müller, S. O. Wollteichstr. 125, Buchhandlung an den Kaiserstr. 6, S. O. Wollteichstr. 30, zu richten.

Arbeiter-Handarbeitsverein und der Umgegend. Verhandlungen im Vereinlokale sind zu richten an Hermann Braunschweig, Treppenstr. 7, 6. Etz.

Arbeiter-Jugendband Berlin und Umgegend. Vorsitzender Ab. Neumann, Brunnenstr. 126. Alle Verhandlungen im Vereinlokale sind zu richten an Friedrich K o r t a n n , Wollteichstr. 49, v. 3 Tr.

Kantonsmannschaft der Schleswig-Holsteiner. Heute, abends 8 1/2 Uhr: Zusammenkunft bei Feuerstein, Alte Jakobstraße 75.

Eingelassene Druckschriften.

Von der "Neuen Zeit" (Stuttgart, J. G. W. Dietz Verlag) ist soeben das 43. Heft des 15. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Geschichte eines Schlagmords. — Großbetrieb und Kleinbetrieb in der Schweiz. Von Otto Lang. — Die allgemeinen Wahlen in Holland. Von W. G. Wiegand. — Volarland und Tropenländer. Von Heinrich Vogel. — Literarische Rundschau. — Notizen. Die Rechtsprechung der Richter. — Heftausgabe: Deutsche Rechtsprechung. Von V. Sch.

Von der "Neuen Zeit" (Stuttgart, J. G. W. Dietz Verlag) ist soeben das 43. Heft des 15. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Geschichte eines Schlagmords. — Großbetrieb und Kleinbetrieb in der Schweiz. Von Otto Lang. — Die allgemeinen Wahlen in Holland. Von W. G. Wiegand. — Volarland und Tropenländer. Von Heinrich Vogel. — Literarische Rundschau. — Notizen. Die Rechtsprechung der Richter. — Heftausgabe: Deutsche Rechtsprechung. Von V. Sch.

Von der "Neuen Zeit" (Stuttgart, J. G. W. Dietz Verlag) ist soeben das 43. Heft des 15. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Geschichte eines Schlagmords. — Großbetrieb und Kleinbetrieb in der Schweiz. Von Otto Lang. — Die allgemeinen Wahlen in Holland. Von W. G. Wiegand. — Volarland und Tropenländer. Von Heinrich Vogel. — Literarische Rundschau. — Notizen. Die Rechtsprechung der Richter. — Heftausgabe: Deutsche Rechtsprechung. Von V. Sch.

Sprechsaal.

Die Redaktion stellt die Benutzung des Sprechsaals, soweit der Raum dafür in begeben ist, dem Publikum zur Verfügung von Angelegenheiten allgemeinen Interesses zur Verfügung; sie verwehrt sich aber gleichzeitig dagegen, mit dem Inhalt desselben Identifiziert zu werden.

Wie ich aus Nr. 14 der "Solidarität" ersehe, beschäftigte sich Genosse W a s s i n i auf der Berliner graphischen Zusammenkunft mit einer Notiz, die in Nr. 133 des "Vorwärts" stand, folgendermaßen: "Die Notiz betreffend die Norddeutsche Buchdruckerei im 'Vorwärts' und in der 'Solidarität', welche die Organisation herabwürdigte, sei eine Fälschung. Der betreffende Wirth habe erklärt, sein Lokal zu allen Versammlungen herzugeben, also sei dies nicht gesperret". Da ich als Vertreter der Lokalkommission besagte Notiz im "Vorwärts" veranlaßt habe, sehe ich mich gezwungen, diese Behauptungen auf ihren wahren Werth zurückzuführen. Die Notiz lautet: "Die Buchdruckerei der Norddeutschen Buchdruckerei und Verlaganstalt veranlassen am 13. Juni in dem gesperreten Lokale von Zimmermann, Lindenstr. 105, eine Jubiläumfeier. Die Teilnehmer sind alle gewerkschaftlich organisiert, achten aber augenscheinlich wenig auf die Beschlüsse der Berliner Arbeiterschaft. Die Lokalkommission". Wo in aller Welt will Genosse W a s s i n i daraus nun eine Herabwürdigung der Organisation herausfinden? Es wird doch nur behauptet, daß, trotzdem die Teilnehmer gewerkschaftlich organisiert sind, sie wenig auf Arbeiterbeschlüsse zu achten scheinen; und nach dem Vorgehen der betreffenden Arbeiter ist dieser Vorwurf berechtigt. Von der Organisation der Buchdruckerei als solcher ist also garnicht die Rede. Wenn hat denn der Wirth die betreffende Erklärung abgegeben? Dem Genossen W a s s i n i oder den Veranlassern der Fälschung? Der Lokalkommission hat der Wirth die Erklärung nicht gegeben, denn sonst würde das Lokal auf der Lokalliste verzeichnet sein, und darauf kommt es an. Was mancher Wirth alles verspricht, wenn er ein gutes Geschäft in Aussicht hat, ist wohl jedem bekannt, der schon Gelegenheit hatte, Geschäfte mit Saalbesitzern abzumachen.

Eine Fälschung, eine Christoffelheit soll diese ganze Notiz sein! Wenn Genosse W a s s i n i es mit sich vereinbaren kann, die Handlung der betreffenden Arbeiter der Norddeutschen Druckerei nicht nur zu vertheidigen, sondern sogar meine Brandmarke dieser Handlung beschimpft, kennzeichnet er sich selbst, was um so bedauerlicher ist, da er zu denen gehört, die in erster Linie auf Seiten der Arbeiter stehen müssen und verpflichtet ist, darauf zu achten, daß die Beschlüsse der Arbeiterschaft hochgehalten werden.

Oskar Mahle, Prinzessstr. 8.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet während der Gerichtsfestien am Dienstag und Freitag Abend von 6-7 1/2 Uhr statt.

Strafhandlungen. Prophezeiungen über die Hoff der sozialdemokratischen Seite im Reichstage nach der nächsten Wahl sind ebenso unzuverlässig wie alle Wahlen in die Zukunft.

J. B. Z. C. Korrespondenzen und Anfragen in Angelegenheiten der von und gegen erwachsenen Gewerkschaften über den Kleinhandel sind an die Handeltreibenden in Hannover zu richten.

Gohmann. Bei Ansicht in die Gemeinde-Wahllokale kommen alle Bezirke in Betracht. Die anderen Wünsche werden im Aufsat nach Möglichkeit berücksichtigt werden.

Wannsewitz. Heben Sie diese Bedrohung mit einer Schußwaffe bei der Staatsanwaltschaft an.

R. C. Konrad Soranus und G. A. Saranus sind nicht identisch. — **Rimmelsberg.** Ihre Kündigung ist gültig. Sie können den Wirth mit Rücksicht auf Erlös mit dem Antrag verlassen. Sie mit Ablauf der Kündigungsfrist geben zu lassen. — **G. S. Zingener.** 4. In das Grundbuch im Wege der Substitution verkauft, so kann der neue Eigentümer zur Kündigung zum 1. Oktober bis spätestens am 3. Juli kündigen. Nur das Grundbuch nicht subaltern, so läuft der Vertrag weiter.

T. A. 23. 1. Die handelsrechtliche Trauung, und nur diese, ist rechtlich gültig. 2. Ja. 3. Ja. — **Reichel.** Wenden Sie sich an ein Mitglied der Arbeiterversammlung, die alsdann den Antrag im "Vorwärts" vom 20. Juli nachschicken gemacht werden. — **Sch. 1.** Sie müssen ein Strafverfahren an das Amtsgericht richten. 2. Werden die Kosten nicht beigetragen, so kann Offenbarungsbild verlangt werden; weiter nichts. 3. Verfolgungskosten in Staatsanwaltschaft werden mit 80 Pf. täglich berechnet. 4. Lohn ist wegen Gerichtskosten nicht pfändbar. 5. Rein. — **A. D. Rein.**

G. G. Schöneberg. Rein. — **G. 1000.** 1. Die Gerichte sind darüber gefaßt, daß das Kind kann durch spätere Geburt legitimiert werden. Anerkennen Sie bei der Heirat das Kind als das Ihre beim Standesbeamten und beantragen Sie dann bei dem Standesbeamten, der die Geburt registriert hat, Eintragung des Legitimationsvermerks. 3. Das ist und doch gleichgültig. — **A. A. 100.** Der Wirth steht das Recht nicht zu. — **S. A. 10.** Das landrechtliche Schreiben beruht auf einer allgemeinen Verfügung des Ministers des Innern. Ihre Eingabe genügt nicht. Sie müssen innerhalb 14 Tagen Beschwerde einlegen (außer an den Landrat, wenn an den Regierungspräsidenten adressiert), dann abermals Beschwerde gegen den Weisung des Regierungspräsidenten (außer an den Regierungspräsidenten, wenn an den Oberpräsidenten), dann gegen den Weisung des Oberpräsidenten Klage beim Oberverwaltungsgericht erheben. — **J. A. 3a.**

Witterungsübersicht vom 20. Juli 1897.

Stationen.	Barometerstand in mm. reduziert auf d. Meeressp.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter.	Temperatur nach Celsius (10 U. 4 Uhr).
Swinemünde	755	S	1	heiter	18
Danburg	755	SW	3	heiter	19
Berlin	754	SWO	1	halb bedekt	18
Wiesbaden	755	SW	3	heiter	19
München	758	SW	—	wolkenlos	22
Wien	757	SW	—	wolkenlos	18
Saparanda	753	N	6	wollig	11
Petersburg	757	SW	1	Quitt	21
Oslo	752	N	2	bedekt	16
Aberdeen	756	SWO	3	wollig	15
Paris	755	SW	2	bedekt	17

Wetter-Prognose für Mittwoch, den 21. Juli 1897.
Warm und schwül, zeitweise heiter, vielfach wollig mit Gewitterregen und schwachen südwestlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

Berliner Gewerkschafts-Kommission.

Freitag, den 23. Juli, abends 8 1/2 Uhr.
im Lokale „Englischer Garten, Alexanderstraße 27c:

Oeffentliche Versammlung der Delegirten.

Tagungs-Ordnung: 1. Berichterstattung über den Mauerstreik. 2. Berichterstattung über den Zimmerstreik. 3. Ergänzungswahl zum Ausschuss. 4. Rosenbergs. 5. Gewerkschaftliches.
Die Delegirten werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.
J. A.: R. Millarg.

Frankenbasse der Hutmachergesellen zu Berlin

(Eingeladene Hülfsliste 67).
Samstag, den 25. Juli, vormittags 11 Uhr:
General-Versammlung
im Lokale des Herrn F e i n d , Weinsstraße Nr. 11.

Tagungs-Ordnung:
1. Kassendbericht. 2. Wahl der Neuwahl- und Kranken-Kontrollen. 3. Berichtsbericht.
Um zahlreichen und pünktlichen Besuch bitten
Der Vorstand. J. A.: C. Tschopp.

Achtung! Wilmersdorf! Achtung!

Mitglieder-Versammlung
des Arbeiter-Vereins zu Deutsch-Wilmersdorf u. Umgegend
Mittwoch, den 21. d. M.:
Vortrag des Genossen M a s s a t s c h über Religion und deren Entstehung und Bestimmung.
Zu regem Besuch ladet ein
Der Vorstand.

Der Landarbeiter

was er war, ist und sein wird.
Von Eduard Adler.
Preis 50 Pf. 136 Seiten Großformat.
Zusatz: Aus der Geschichte der ländlichen Arbeit. Die Entstehung der Landarbeit. Die Erzeugung von Landarbeitern dauert fort. Der Landarbeiter in der heutigen Gesellschaft. Arbeitsverhältnisse und Einkommen in den verschiedenen Staaten Deutschlands. Die Sachverständigen. Was lehren die bisherigen Angaben? Die Arbeitszeit. Das Recht der Landarbeit (Die Gebühre-Ordnungen). Die Zukunft der Landarbeit.
Obige Broschüre ist für die Landtagitation unentbehrlich.
Verlag der Gutenberg-Buchdruckerei Halberstadt.
Kommissionsverlag v. H. Baake, Berlin, City-Passage.
Zu beziehen durch alle Partei-Buchhandlungen.

Tanzlehrer-Verein „Solidarität“.

Den Gewerkschaften und Vereinen zur Kenntnis, daß von jetzt ab alle Engagements und Bestellungen nach dem Vereinsstatut, K a u n u n s t r. 78, bei Heinrich oder an den Unternehmern zu richten sind. 200/3
Richard Hartmann, Vorst.,
Schandauer Allee 63.

Codes-Anzeige.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten hierdurch die traurige Nachricht, daß unser unvergesslicher, lieber Sohn

Fritz Fredrech

genannt P l u s c h e r , am Sonntag Vormittag beim Baden im Wannsee ertrunken ist.
Die Beerdigung findet am Donnerstags, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des St. Pauli-Kirchhofes (in der Seestraße) aus statt.
Die tiefbetrübten Eltern
Carl P l u s c h e r nebst Frau.

Orts-Krankenkasse der Sattler.

Am Montag, den 19. d. M., sind nach längerem Leiden das Mitglied August Hübner.
Die Beerdigung findet Donnerstags, den 22. d. M., nachmittags 5 Uhr, vom Kranenhaus Friedhof nach dem Emanuelshof in Falkenberg statt. [3192b]
Der Vorstand.

Unfalltag, Klagen, Eingaben

Zu erklären, daß ich die Beleidigung gegen Frau Lehmann, Solmsstr. 25, in der Uebersetzung getan habe und reumüthig zurücknehme. Engler, Solmsstr. 25. 3193b

Unfalltag, Klagen, Eingaben

Zu erklären, daß ich die Beleidigung gegen Frau Lehmann, Solmsstr. 25, in der Uebersetzung getan habe und reumüthig zurücknehme. Engler, Solmsstr. 25. 3193b

Arbeitsmarkt.

Achtung! Achtung!
Holzarbeiter.
Zugang ist fernzubalten von
Netzband & Henkel
Anklamersstr. 33.
Ferner von Steint. Rostock, Lübeck. 100/3

Formier!

Die Firma Lauritz Radmann in Copenhagen sucht durch Inserate in deutschen Zeitungen Formier anzunehmen. Die Kollegen machen wir deshalb darauf aufmerksam, daß die berechtigten Metallindustrie-Unternehmern sämtliche Metallarbeiter ausgestellt haben und ist deshalb der Zugang nach dort streng fernzubalten. Der Herrradmann d. Berliner Metallarbeiter. Otto Näther, N., Anklamersstr. 44. [167/15]

Brunnenbauer

tätigen, verl. Böhm, Reichenberg bei Weidham. Meldungen schriftlich.

Tüchtige Schlosser

sind dauernde Arbeit d. W. Fabian, Wollteichstr. 60.

Dienerstellung.

finanzielle Lebensstellung erhalten junge Leute gratis, wenn sie einen kurzen Verweilungs in der Dienerkammer des Berliner Dienervereins durchmachen. Der Vorstand: 3204b

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Mittwoch, den 21. Juli.
Neues fgl. Operntheater (Kroll). Das Heimchen am Herd. — Phantasten im Bremer Rathshaus 7 Uhr.
Festung. Die Weibin.
Westen. A Basso Porto. 7 1/2 Uhr.
Neues. Der Stellvertreter. 7 1/2 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches.
Lehmann's Kriegs-Abenteuer im Orient. 8 Uhr.
Abend. Unsere Reichspost. 8 Uhr.
Velle-Milance. Dritte italienische Nacht. Spezialitäten. 8 Uhr.
Apollo. Venus auf Eden. 8 Uhr.
Alexanderplatz. Verkauflicher Wert. Hierauf: Eine tolle Pringel.
Vollgepanoptikum. 30 Kinder der Wüste.

Ostend-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. G. Weis.
Täglich:
Unsere Reichspost.
Anfang 8 Uhr.
Im Garten: Anfang 4 Uhr.
Großes Kinder-Freudenfest. Jedes Kind erhält ein Geschenk.
Spezialitäten I. Rang.
Hugo Schulz.
The Srenlow. Mirzi Waldburg. — Lebende Photographien. — In der Babeselle — Ringkampf. — Endlich allein.

Viktoria-Brauerei
(Garten resp. Saal)
Lützow-Strasse 111/112
nahe Potsdamer Platz.
Täglich:
Stettiner Sänger
(Mehfel, Pietro, Britton, Ziehl, Krone, Köhl, Schneider und Schrader.)
Goldene Hochzeit.
Ensemble von Meyfel.
Ein vergnügter Wähltag.
Ensemble von Meyfel.
Billets à 10 Pf. und Familien-Billets à 1 Pf. (für 3 Personen) nur in den Vorverkaufsstellen.
(Siehe Plakate.)
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.

Puhlmann's Vaudeville-Theater
Schönhäuser Allee 118, Kantonien-Allee 97-99.
Täglich:
Im Reiche der Sirenen.
Große Aufführungsbühne mit Gesang und Tanz.
Miss Clara, Trapezkünstlerin, Little Trudy Brygady, das Wunderkind, Wally Smolin, excentr. Chansonette.
Barbarina's Ballet.
Clown Zarafani, in 1. dres. Thieren.
Sarrh u. William Latoune, Piccolo-Theater. William, Gumbantipode.
Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.

Preislisten
für Sommer- u. Reiseartikel portofrei.

Damenstrümpfe,
schwarz, engl. Länge, dopp. Sohle und Hochferse 38 u. 55 Pf.

Hemdentuche Meter 28 u. 35 Pf.
Bettsatins Meter 48, Bettbreite 80 Pf.
Dowlas u. Hemdentuche, Lakenbreite, Meter 80 Pf.
Lawn-tennis-Stoffe für Blusen und Hemden 35 u. 40 Pf.
Handtuch-Drell, grau, Meter 22 u. 26 Pf.
weiss mit bunter Kante, Meter 33 u. 38 Pf.
Gerstenkorn-Handtuchstoffe Meter 28 Pf.

Gerstenkorn-Handtuchstoffe Meter 28 Pf.

Neue freie Volksbühne.
Sonnabend, den 21. Juli:
Gr. Sommernachts-Fest
In dem feenhaft erleuchteten Garten-Etablissement des Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater.
Konzert im Garten.
Reichhaltiges u. amüsanter Theaterprogramm auf der Sommerbühne.
Nach dem Theater: **Sommernachtsball.**
Anfang 8 Uhr. Entree 40 Pf. inkl. Tanz.
Billets sind in den bekannten Zahlstellen zu haben.
Siehe auch Säulenausschlag am Freitag. (150/20)

Ostbahn-Park
Am Küstriner Platz Hermann Imbs. Am Küstriner Platz
Täglich:
Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Neu! Der Stumme und sein Affe.
Neue Attraktions-Nummern.
Entree Sonntags 20 Pf., Kinder 10 Pf., Wochentags 10 Pf., Kinder 10 Pf.
Kaffeebüchse. Volksbelustigungen.
Mittwoch: **Kinder-Fest.**

Schweizer Garten.
Am Königsthor. Polsterhalle d. Pferdebahn. Am Friedrichshain.
Täglich: Theater und Spezialitäten.
Little Parkins u. Miss Lizzl. Transformationskünstler. Theod. Lippardt. Tanzhumorist. Geschw. Tilly. Gefangs- und Tanz-duettisten. Emmy Dahl. Lieberfängerin. The two Buffalos. Stadthaler: Humorist. John & Paolo. Excentric-Pantomimisten. Carla Walton. Kostümbühne etc.
Im Saale:
Volksbelustigungen aller Art.
Entree 30 Pfg.
Jeden Mittwoch: **Kinder-Freudenfest.**
Es ist nur noch ein Sonnabend im August für Vereine frei.

Neue Welt, Hasenhaide.
Jeden Mittwoch: **Großes Grntefest**
mit großen Umzügen, Gratuloverloosung, Spezialitäten-Vorstellung, Marionetten-Theater und 2176L*
Kinderbelustigungen aller Art.
Entree 15 Pf. Vorverkauf 10 Pf. Anfang 4 Uhr.

Treptow. Viktoria-Garten,
früher Kämpel, Ostseite der elektrischen Bahn.
Jeden Mittwoch: **Gr. Kinderfest.**
Grosse Verloosung. Kasperle-Theater.
Bonbouren. Fackelparade. Bonni- und Gelreiten. Belustigungen aller Art. Von 2 Uhr an Kaffeebüchse. 11 Kegelbahnen. Hierzu ladet ergebend ein [30679*] Fritz Braun.
Brauerei-Ausschank der Brauerei Stralau
Oeonomie: Birkholz & Mittag.
Jeden Sonntag und Donnerstag:
Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.
Garten-Konzert der 20 Mann starken Hauskapelle.
Im Saale: **Grosser Ball** bei gänzlich freiem Entree. Sport- und Ruderboote in gr. Auswahl stehen zur Verfügung. **Kaffeebüchse v. 2-7 Uhr.** Volksbelustigungen jeder Art. 2 vorbedeckte Kegelbahnen. Gute Biere, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen. Birkholz & Mittag.

Verkauf von frisch gef. Fleisch.
Täglich von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends:
Rindfleisch pro Pfd. von 25 Pf an, [2125L*]
Schweinefleisch 40 Pf.
Verwaltung der Kochanstalt Städt. Schlachthof
Große Auswahl in Knaben- Zähne v. 2 Pf. ex. Theilz. Fran-
Anzügen und Stoffen bei Anzügen und Stoffen bei volldienstraße 145.
Widemann, Bornauerstr. 30, parterre.

Mittwoch, Donnerstag, Freitag

Bade-Anzüge, roter Perkal, 1,- 1,10 1,20 Mk.
— 3 Grössen — bunt gestreift, 1,40 1,50 1,65 Mk.
Bade-Handtücher 35, 70 u. 85 Pf.
Bade-Laken 4 Mk.
Kinder-Badelaken 1 u. 1,35 Mk.
Bade-Mäntel, weiss, 3 Mk.

Stickereien
Stück, ca. 4 bis 4 1/2 Meter,
25 Pf. bis 2,50 Mk.

Castan's Panopticum.
Neu! Die elektrisch belebten und künstlich sprechenden Menschen.
Neu! und hochkomisch!

Passage-Panopticum.
30 Kinder der Wüste.
Baduinen, Derwische, Schlangenbeschwörer, Bauchtänzerinnen etc.
Vorstellung 12, 5, 7, 9 Uhr.
Action-Brauerei Friedrichshain.
Gente, Mittwoch:
Grosses Extra-Konzert der ganzen Kapelle des 4. Garde-Reg. zu Fuß in Uniform.
Dir. Frz. A. Berger.
verbunden mit groß. Kinder-Freudenfest und Kinder-Fackelparade mit Musik.
Im Nebenraum:
Familienkränzchen.
Entree 15 Pf. Kinder frei.
Anfang 7 Uhr.

Apollo-Theater und Konzert-Garten.
Dir. J. Gluck.
Um 9 Uhr:
Venus auf Erden.
Burlesk-phantastische Operette mit Tanz in 1 Akt.
Otto Reutter. - Kinetograph.
Ferner:
10 hervorragende 10 Spezialitäten.
Kaffeebüchse 6 1/2 Uhr.
Konzert 7 Uhr. — Vorstellung 8 Uhr.
Die anerkannt besten Burlesken **Der Lumpenball**
Die Ballhaus-Anta
Madame Sans Gêne und andere Novitäten werden allabendlich mit dem allergrößten Erfolg im **Konzerthaus Sanssouci,** Kottbuserstr. 1a, Joh. S. Pierry, aufgeführt.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Passpartouts gelten.

W. Noack's Theater
Brunnen-Strasse 16.
Täglich: **Konzert, Theater - Vorstellung.**
Die Zerstreuten.
Lustspiel in einem Aufzuge.
Neu!!! Neu!!!
Flotte Burche.
Romische Operette von Fr. u. Suppé.
Max Franke, Opernsänger.
Anita Vernou, Excentr. Soubr.
Schorsch's Rudolf, Orig.-Dummar.
Geschw. Lehmann, Duettisten.
Scheffler Truppe.
Jeden Sonntag, Montag, Dienstag und Donnerstag im Saale:
Grosser Ball.
auf
Wöbel Theilzahlung.
Neu
J. Kellermann, Jakobstr. 26.

Aluminium-Gebisse,
Preis per Zahn inkl. Watte 4 Mark.
Kautschuk-Gebisse
Preis per Zahn inkl. Watte 3 Mark.
Blonden 1,50 Mk., Zahnziehen 1 Mk.
Schmerzloses Ziehen eines od. mehrerer Zähne (Kaugummi- od. Chloroformanästhesie) im Weilein eines Krizes 6 Mark.
Waldemar und Reinhold Haupt, Brunnenstrasse 18 II, Frankfurterstrasse 113 II.

Dr. Simmel Moritzplatz, L. Dandl-Archinger (früher Pringelstr. 91)
Spezialarzt f. Haut u. Hautleiden.
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.
Bahn-Artier.
Künstl. Zähne in taubst. Metall- u. Kautschuk- u. Porzellan- u. 2 R. an Schmerzlos. Zahnziehen mit Cocain, Chloroform, Chloroform und Narkose unter Leitung eines prakt. Arztes. Bei Befestigung v. künstl. Zähnen Zahnziehen, Zahnreinigung usw. Ratenszahlung gestattet. Wache 1 R.
Guckel, Langiger Weg 2, Waffelstrasse 12, Steglitzerstrasse 71.
Für Landpartien und Sommerfeste
empfehlen wir in großer Auswahl: Zerkleinernde, Lampen, Fahnen, Papiermützen etc. sowie Verloosungs-Gegenstände, Pänder u. Arbeitervereine erhalten die billigsten Fabrikpreise. 21082*
S. & G. Saulsohn, Berlin C., Kaiser Wilhelmstrasse 19a.

Möbel
in jedem Stil und jeder Holzart, äußerst billig, auch auf Theilzahlung.
Hr. Nagel gebrauchter und verleiht gewasener Möbel 20149*
Oranienstr. 73.
Fertige Garderobe!
Sehr elegant, vom Nachschneider gearbeitet, Anzüge zu 20, 25, 35, 39 bis 45 Pf. liefert **Temporowski,** Schneidermeister, Jüdenstrasse 37, I. kein Baden. — Bei Raab-Garderobe auch Theilzahlung gestattet. 21945*

Königstadt-Kasino
Dolzmarktstr. 72, Gde Alexanderstr. 21.
Bek. gelegene **Ballsäle** Berlin.
Sonnabende, Sonntage etc. empfiehlt unter besten Bedingungen 21892*
Hch. Metzner junior,
NB. Neue Heizung! Neues Licht!

Eis!
An unserem Eisshuppen in der Oranienstrasse zu Hohen-schönhausen lagern 20772*
ca. 150000 Ctr. Na. Natur-Eis.
Wir offeriren dasselbe mit **30 Pf.** frei unserem Schuppen, mit 50 Pf. frei Haus. Centesimalwaage befindet sich am Eisshuppen.
Aktienbrauerei Hohen-Schönhausen.
Telephon: Amt Friedrichsberg Nr. 83.
Eis!

Aluminium-Gebisse,
Preis per Zahn inkl. Watte 4 Mark.
Kautschuk-Gebisse
Preis per Zahn inkl. Watte 3 Mark.
Blonden 1,50 Mk., Zahnziehen 1 Mk.
Schmerzloses Ziehen eines od. mehrerer Zähne (Kaugummi- od. Chloroformanästhesie) im Weilein eines Krizes 6 Mark.
Waldemar und Reinhold Haupt, Brunnenstrasse 18 II, Frankfurterstrasse 113 II.

Dr. Simmel Moritzplatz, L. Dandl-Archinger (früher Pringelstr. 91)
Spezialarzt f. Haut u. Hautleiden.
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.
Bahn-Artier.
Künstl. Zähne in taubst. Metall- u. Kautschuk- u. Porzellan- u. 2 R. an Schmerzlos. Zahnziehen mit Cocain, Chloroform, Chloroform und Narkose unter Leitung eines prakt. Arztes. Bei Befestigung v. künstl. Zähnen Zahnziehen, Zahnreinigung usw. Ratenszahlung gestattet. Wache 1 R.
Guckel, Langiger Weg 2, Waffelstrasse 12, Steglitzerstrasse 71.

S. & G. Saulsohn, Berlin C., Kaiser Wilhelmstrasse 19a.

Möbel
in jedem Stil und jeder Holzart, äußerst billig, auch auf Theilzahlung.
Hr. Nagel gebrauchter und verleiht gewasener Möbel 20149*
Oranienstr. 73.
Fertige Garderobe!
Sehr elegant, vom Nachschneider gearbeitet, Anzüge zu 20, 25, 35, 39 bis 45 Pf. liefert **Temporowski,** Schneidermeister, Jüdenstrasse 37, I. kein Baden. — Bei Raab-Garderobe auch Theilzahlung gestattet. 21945*

Leder-Hosen



Schlosser-Blousen Blau gestreifte Regatta-Stoffe 1 Mk. 75
Ge-streifte Molskin 2 Mk. 50
Leder-Hosen Dickes festes Leder 4 Mk. 75
Prima Leder 6 Mk. 25
Mittel-starker Molskin 2 Mk. 50
Sehr fester Molskin 3 Mk. 50
Ein-farbige Molskin 2 Mk. 50
Sehr fester Molskin 3 Mk. 50
Dickes festes Leder 4 Mk. 50
Prima Leder 6 Mk. 7,50 bis
Als Maass genügen Leibweite und Schrittlänge.

Baer Sohn
Chausseestr. 24a Brückenstr. II Gr. Frankfurterstr. 16.
Aufträge von Mk. 20,- an franco. — Preisliste gratis.
Obige Preise gelten für normale Figuren.

Laden-Einrichtung
nur für Papler-Geschäft zu verk. Plensburgerstr. 22.
Nährsalz für Säuglinge zur besseren Verdauung d. Milch v. 30 Pf. an. Allein zu haben b. **M. Graefe,** Berlin N., Stettinerstr. 63, Gde Badstr.
Charlottenburg. Getragene Stiefel sind billig zu haben Spreier 24.
Möbel, Einbe, als Schlafst. f. Herrn zu verm. Reichbergerstr. 115. Reier.
M. Schlafst. Wahnmannstr. 35. Gofminat
Möbel, Schlafst. für Herrn sofort zu verm. Brunnenstr. 6, 2. Quera III. I.
Anhängige Schlafst. bei 65er, Schlafst. 38 v. IV. 31966

Versand-Abteilung
Berlin W.
Leipzigerstr. III.

Postkarten-Album
für 200 Postkarten 1,10 Mk.

Wischtücher, Dtz. 2,40, gesäumt 3 u. 4 Mk.
Gerstenkorn-Handtücher Dtz. 3,20 u. 4,70 Mk.
Stubenhandtücher Dtz. 5,40 Mk.
Tischtücher, gesäumt, Dtz. 1,80, 2,30, 2,80 Mk.
Drell-Servietten, gesäumt, Dtz. 5,50 Mk.
Garten-Tischdecken 1,45, 1,75, 3,20 Mk.
Engl. Batisttaschentücher mit bedruckt. Hohlsaum Dtz. 2 Mk.

Warenhaus A. Wertheim

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobson in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Gloke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.